



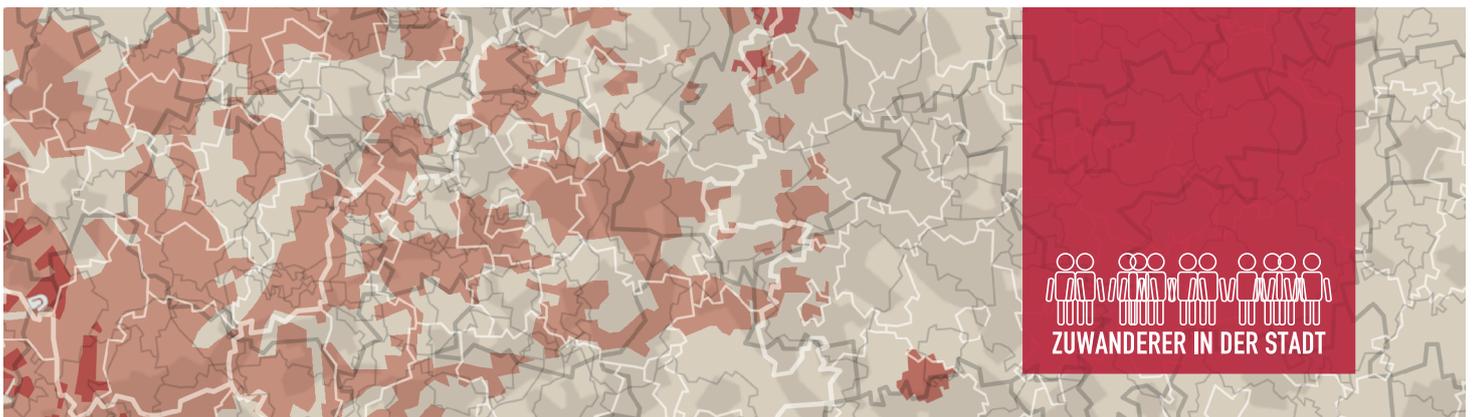
GdW  
Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen



Herausgegeben durch die  
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“

## Integration - sind wir auf einem guten Weg?

Dokumentation der Tagung am 22. März 2006 in Köln



## Impressum

Veranstalter der Tagung:  
VdW Rheinland Westfalen e. V.,  
Düsseldorf  
VdW südwest e. V.,  
Frankfurt

Herausgeber der Tagungsdokumentation:  
Verbundpartner im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“

Bearbeitung und Redaktion:  
Dipl. Ing. Inge Hildebrand, M.A.,  
Köln

Die Tagungsdokumentation ist im Rahmen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ entstanden, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 19W3048A gefördert wurde. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Herausgebern.

Mai 2006

## Inhaltsangabe

### Vorträge

#### Begrüßung und Einführung

Burghard Schneider, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen e. V..... 1

#### Zum Stand der Integration in Deutschland

Prof. Dr. Walter Siebel, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg..... 5

#### Erfahrungsbericht

##### Stichworte zum Thema

Die Bedeutung interkultureller Kompetenzen für die Wohnungswirtschaft am

Beispiel einer Großwohnanlage: Ausländer oder Kunde ?

Andreas Vondran, LEG Remscheid GmbH

Handan Cetinkaya-Roos, CR Communication, Bergisch-Gladbach

(Charts zu den Vorträgen)..... 16

#### Erfahrungsbericht

Wege der Integration in Wohnsiedlungen in Rüsselsheim

Michael Hampel, Geschäftsführer gewobau Rüsselsheim mbH..... 26

#### Integration – Ziele und Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration

des Landes NRW, Düsseldorf..... 34

#### Erfahrungsbericht

Stand der Integration in Wohnungsunternehmen

Tülin Kabis-Staubach, Planerladen e. V., Dortmund..... 43

#### Integrationspolitische Handlungskonzepte:

Handlungsbedarf und Perspektiven

Prof. Dr. Volker Eichener, Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

des InWIS, Bochum..... 52

#### Podiumsdiskussion

Integration - sind wir auf einem guten Weg?..... 67

#### Kurzbiographien

der Referenten und Teilnehmer an der Podiumsdiskussion..... 73

Burghard Schneider

## Begrüßung und Einführung

Meine Damen und Herren,

im Namen der Veranstalter, des VdW Rheinland Westfalen und des VdW südwest, sowie seiner Kooperationspartner: Deutscher Städtetag, Schader-Stiftung, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und InWIS, begrüße ich Sie alle sehr herzlich hier in Köln zur heutigen Veranstaltung „Integration – sind wir auf einem guten Weg?“

Diejenigen unter Ihnen, die die Arbeit unseres Verbandes - des VdW Rheinland Westfalen - zum Beispiel über Veranstaltungen und Kongresse oder in Veröffentlichungen seit einiger Zeit verfolgen, wissen, dass sich die Wohnungswirtschaft im Rheinland und in Westfalen seit längerem mit der demographischen Entwicklung befasst.

Bereits vor über vier Jahren haben wir ein von uns bei InWIS in Auftrag gegebenes Gutachten zur „Zukunft des Wohnens“ veröffentlicht, das nach wie vor die aktuelle Grundlage für Wohnungsunternehmen ist, wenn sie sich mit der Zukunftsfähigkeit ihrer Bestände angesichts des demographischen Wandels beschäftigen.

In diesem Zusammenhang haben wir damals erstmals die demographische Entwicklung auf die Kurzformel „Wir werden weniger, älter und bunter“ gebracht – ein griffiger Slogan, der heute bundesweit benutzt wird, wenn man den demographischen Wandel zusammengefasst beschreiben will.

Dabei haben wir mit dem Wort „bunter“ zweierlei gemeint:

- einmal die sich immer mehr diversifizierenden Lebensstile der Menschen jeglichen Alters, und
- zum anderen die immer größer werdende Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Das Thema "Integration" beschäftigt uns, die Wohnungswirtschaft, deshalb seit Jahren. Die heutige Veranstaltung ist mittlerweile der vierte Kongress, den der VdW Rheinland Westfalen - jeweils mit Kooperationspartnern - durchführt.

Es sind *nicht* die in den letzten Monaten, Wochen und Tagen zum Teil hitzig geführten Debatten um Integration z. B. aus aktuellen Anlässen in Frankreich, Dänemark oder den Niederlanden oder die Frage von Einbürgerungstests bzw. -fragebögen, die uns zu der heutigen Veranstaltung veranlasst haben. Diese Diskussionen geben ihr allerdings eine aktuelle Note im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage, „sind wir auf einem guten Weg?“

Die Wohnungswirtschaft beschäftigt sich mit dem gesellschaftspolitisch so vordringlichen Thema der Integration vielmehr beständig und besonnen, um nach den besten Lösungswegen zu suchen.

Integration, meine Damen und Herren, ein Begriff, ein Wort für ein Ziel, dass die meisten Menschen in unserer Gesellschaft erreichen wollen. Aber auf dem Weg dahin wird es zuweilen sehr schwierig. Deshalb stellen wir heute auch die Frage: „Sind wir auf einem guten Weg?“

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich von Zeit zu Zeit immer wieder vergegenwärtigen, was mit „Integration“ eigentlich gemeint ist.

Ein Blick in die freie Enzyklopädie besagt u. a.: *„Nach sozialpolitischem Verständnis meint Integration den Prozess, durch den bisher außen stehende Personen oder Gruppen zugehörige Glieder einer größeren sozialen Gruppe oder auch Gesellschaft werden sollen.“*

Und wenn man sich weiter fragt, wo dieser Prozess stattfindet, ist eines klar:

Integration findet vor Ort, in der Nachbarschaft statt. Also am Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Straße, in der Straßenbahn, in Geschäften. Aber auch und vor allem im Wohnumfeld, in den Wohnquartieren.

Bei der Wohnungswirtschaft, für die ich heute spreche, ist in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bei ihren Mitgliedsunternehmen bereits heute jeder fünfte Mieter ein Bewohner mit Migrationshintergrund. Das Gelingen, ein teilweises Gelingen und im schlimmsten Fall das Nicht-Gelingen von Integration berührt die Wohnungswirtschaft folglich stark.

Verbandsseitig führen wir den Diskurs um das Thema Integration, deshalb wie erwähnt, verstärkt seit 2002.

- In einem ersten Kongress haben wir die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlich wie wohnungswirtschaftlich zunehmende Bedeutung des Themas gelenkt. Denn es ist Fakt, dass schon allein bei schrumpfender deutscher Bevölkerung der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte auch *ohne* Zuwanderung weiter steigen wird. Und der farbige Ausdruck „Wir werden bunter“ sollte eben die Augen auch für die steigende ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft und die damit verbundenen Auswirkungen öffnen.
- Mit dem zweiten Kongress „Zukunftssicheres WohnLeben mit verschiedenen Kulturen“, den wir zusammen mit dem Städtetag NRW im Februar 2004 in Essen durchgeführt haben, unternahmen wir den nächsten Schritt, nämlich uns mit Strategien der Integration auseinander zu setzen. Wir taten dies unter dem Blickwinkel politik- und akteursübergreifender Konzepte.
- Mit der dritten Tagung im März 2005 in Bochum haben wir das Themenspektrum „Zusammenleben mit anderen Kulturen“ auf die Ziel- und Kundengruppe „Migranten“ zugespitzt und die Thematik so auf der operativen Ebene der Wohnungswirtschaft behandelt.

Denn es gilt: Auch wenn die Wohnungswirtschaft *allein* mit der Integrationsaufgabe schlicht überfordert ist, *muss* sie sich mit Migranten wie mit anderen Mietergruppen in ihrem Verhältnis untereinander und in ihrem Verhältnis Vermieter - Mieter auseinandersetzen. Alle Strategien der Wohnungswirtschaft zur Bewirtschaftung ihrer Wohnungsbestände schlagen langfristig fehl, will man die Migranten im Vermietungs- wie auch im Eigentumsgehalt ausblenden.

Menschen mit Migrationsgeschichte wurden lange, viel zu lange, und werden leider immer noch häufig als Problemgruppe und weniger als Zielgruppe - auch in der Wohnungswirtschaft - gesehen. Verwiesen wird dann häufig auf vermehrte Nachbarschaftskonflikte oder wenig erfolgreiche Strategien zur Integration. Und dies angesichts nicht nur wachsender Migrantenteile, sondern auch angesichts zunehmender Polarisierung wie wir es gerade jetzt wieder erfahren.

Deshalb noch einmal - und das will ich in diesem Zusammenhang durchaus auch als Mahnung verstanden wissen: Integration findet immer auch vor Ort statt. Und deshalb müssen jeweils vor Ort individuelle Lösungsstrategien gefunden werden - auch wenn dies nicht zuletzt deshalb so schwierig ist, weil es dafür keine allein selig machenden Kriterien und Rezepte gibt, da das Zusammenleben von Menschen nie wie ein Ei dem anderen gleicht. Darin waren wir uns übrigens auch mit Prof. Bassam Tibi bei unserem dritten Kongress vor einem Jahr in Bochum völlig einig.

Neben den notwendigen individuellen Lösungsstrategien lenkte Prof. Tibi dort den Blick auf eine zweite wichtige Bedingung für ein Gelingen von Integration: Zusammenleben braucht Spielregeln. Und da muss man in Deutschland auch im Jahr 2006 leider feststellen: Sowohl bei den in Deutschland lebenden Migranten und Nicht-Migranten wie auch in der Politik gibt es sehr unterschiedliche bis hin zu völlig konträren Vorstellungen über solche Spielregeln. Ja, man ist sich auch völlig uneins darüber, ob es überhaupt Spielregeln braucht, um zu einer Integration zu kommen.

Folglich müssen die Fragen beantwortet werden: Brauchen wir Spielregeln? Wenn ja, welche Spielregeln sollen gelten? Eine gewaltige gesellschaftliche und politische Herausforderung, meine Damen und Herren.

Ich freue mich, dass dazu heute Mittag der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, aus Sicht der CDU/FDP-Landesregierung NRW sprechen wird, und dass Frau Britta Altenkamp, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landtags NRW, aus ihrer Sicht im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion heute Nachmittag Stellung nehmen wird.

Dabei hoffe ich, dass wenigstens in einem Punkt Einmütigkeit besteht, nämlich: alles zu unterlassen, was Integration vor Ort behindert.

Um Fragen von Spielregeln, Fragen nach „gelungenen und individuellen Integrationsstrategien“ oder nach solchen „auf gutem Weg dorthin“ geht es aber auch auf der lokalen Ebene. Unsere Kooperationspartner heute zählen nicht von ungefähr zum Forschungsverbund und Projekt „Zuwanderer in der Stadt“, das seit Januar 2004 bis November 2006 läuft. Es sind: der GdW, die Schader-Stiftung, das InWIS, der Deutsche Städtetag und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das heute vom Deutschen Städtetag mit vertreten wird.

Ausgangsüberlegung für dieses Forschungsprojekt war die Beobachtung, dass die „Integrationsmaschine“ Arbeitsmarkt immer weniger greift, und deshalb die Stadtteile und Wohnquartiere als Lebensmittelpunkt für die Integration von Zuwanderern an Bedeutung gewinnen.

Das Projekt ruht auf zwei Säulen

- einem zehnköpfigen „Experten-Forum“, aus dem ich heute Herrn Prof. Dr. Walter Siebel von der Universität Oldenburg herzlich willkommen heiße, der über den „Stand der Integration in Deutschland“ sprechen wird
- und einem Netzwerk aus acht deutschen Großstädten, in dem die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ des Experten-Forums erprobt werden, die der Öffentlichkeit auf einer Tagung am 11. Februar 2005 in Berlin vorgestellt und diskutiert wurden.

Dort und in Folge kam es zu durchaus strittigen Meinungen und Diskussionen, z. B. über den Aspekt der Segregation als eine spezifische Frage des Integrationsprozesses.

Die einen sagen, vereinfacht ausgedrückt: Wir können und wollen Segregation gar nicht verhindern, weil sie sozusagen eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von Integration ist.

Die anderen sagen: Wir müssen Quartiere durchmischen, weil wir es nicht zu Segregation kommen lassen dürfen, da sonst Integration unmöglich wird.

Meine Auffassung dazu, wie ich sie in besagter Tagung im Februar vor einem Jahr in Berlin vertreten habe: Die Wahrheit liegt – wie so oft – in der Mitte. Man muss jeweils von Einzelfall zu Einzelfall entscheiden, welche individuelle Strategie die richtige sein kann.

Sie, meine Damen und Herren, werden sich bei der Beantwortung dieser Streitfrage heute ein eigenes Bild machen können anhand der Präsentation von Erfahrungsberichten und empirischen Untersuchungen in NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, ob und wie Integration vor Ort gelingen kann. Ob es allgemein gültige tragfähige Strategien für ein gutes nachbarschaftliches Zusammenleben, für die Verhinderung von Parallelgesellschaften, für eine ausgewogene ethnische und soziale Belegungsstruktur in den Wohnsiedlungen (wie sie im Übrigen als Ziel gesetzlich verankert ist) gibt.

Oder ob es nicht doch richtig ist, dass Strategien und Konzepte eher abhängig sind von den individuellen Situationen vor Ort. Prof. Dr. Volker Eichener vom InWIS in Bochum wird dazu heute eine Reihe von Denkanstößen geben und Handlungsmöglichkeiten für Wohnungsunternehmen, für die Kommunen und für die Politik aufzeigen.

Auf diese und weitere Fragen, z. B. auch die, ob man die Wohnungswirtschaft länger allein lassen darf in ihrem Bemühen um Integration, gehen auch die Beiträge der Teilnehmer der Podiumsdiskussion ein, die aus der beratenden Wissenschaft, aus Kommunen, der Wohnungswirtschaft und sie beratenden Institutionen, aus Politik und von örtlichen Migrantorganisationen kommen. Sie alle begrüße ich herzlich und sage Ihnen Dank dafür, dass Sie die heutige Tagung durch Ihre Zusage mit ermöglicht haben.

„Integration – sind wir auf einem guten Weg?“ Ich lade Sie ein zu einer produktiven Auseinandersetzung bei der Beantwortung dieser Frage und hoffe, dass Sie wertvolle Anregungen und auch neue Erkenntnisse mit nach Hause nehmen können, die sich positiv auf Ihre jeweilige Arbeit auswirken.

Ich wünsche uns allen einen interessanten und spannenden Tag.

## Zum Stand der Integration von Zuwanderern in Deutschland

Als ordentlicher Soziologe beginne ich mit begrifflichen Unterscheidungen:

Unter dem Begriff Integration wird in der Soziologie zweierlei diskutiert:

Zum einen geht es um die Frage nach der Integration *der* Gesellschaft: Was hält die verschiedenen Teilsysteme einer Gesellschaft zusammen? Wir sprechen von systemischer Integration.

Zum anderen geht es um die Frage nach der Integration *in* die Gesellschaft, wie gelingt die Einfügung von Personen in eine Gesellschaft? Hier sprechen wir von der sozialen Integration.

Im Mittelpunkt meines Vortrags steht die Integration von Zuwanderern *in* die Gesellschaft, also die soziale Integration. Dabei sind wiederum *zwei Aspekte* auseinander zu halten:

- die strukturelle Integration einer Person. Damit ist die Teilhabe an den Ressourcen und Positionen der Gesellschaft gemeint, also etwa die Integration in den Arbeitsmarkt oder den Wohnungsmarkt, und
- die kulturelle Integration, also die Übernahme bestimmter kultureller Normen und Regeln durch den Einzelnen.

Gelungene strukturelle Integration, die Teilhabe *aller* an den Chancen der Gesellschaft, ist die entscheidende Voraussetzung für kulturelle Integration. Man kann nicht von den Zuwanderern verlangen, Integrationsanstrengungen auf sich zu nehmen, wenn diese erkennbar wenig Aussicht auf Erfolg haben. Aber der Umkehrschluss gilt genauso: Der Einzelne muss die wichtigsten Regeln der Gesellschaft übernommen haben, um die Chancen auch ergreifen zu können, die eine Gesellschaft bietet.

Ich werde mich im ersten Teil meines Vortrags mit der Frage beschäftigen, inwieweit strukturelle Integration gelungen ist, und im zweiten Teil auf die objektiven und subjektiven Bedingungen kultureller Integration eingehen.

### Integration als Prozess

Wann kann man sagen, dass Integration gelungen ist? Natürlich nie. Integration beginnt mit jedem Einwanderer aufs Neue. Trotzdem lässt sich ein Maßstab für Integration benennen: Integration ist in dem Maße gelungen, wie es zwischen den Gruppen, also etwa zwischen Migranten und Einheimischen, keine systematischen Unterschiede gibt hinsichtlich der Verteilung von Positionen und Ressourcen, z.B. Geld, Ansehen, Berufen, Wohnqualitäten usw.

Es ist allgemein bekannt, dass die Situation der Zuwanderer in fast allen Bereichen sehr viel schlechter als die der Deutschen ist. Aber das ist noch kein Beleg dafür, dass Integration gescheitert ist.

Integration ist ein Prozess, und zwar ein sehr langwieriger. Die Integration der „Ruhrpolen“ zum Beispiel ist erst in der dritten und vierten Generation gelungen. Entscheidend in diesem Prozess ist die *Richtung der Entwicklung*. Geraten die Zuwanderer im Zeitverlauf mehr und mehr an den Rand oder in die Mitte der Gesellschaft, verringern oder vergrößern sich die Abstände zu den Deutschen?

## Die strukturelle Integration

Die für strukturelle Integration wichtigsten gesellschaftlichen Systeme sind:

- Der Arbeitsmarkt,
- das Bildungssystem,
- der Wohnungsmarkt und
- die Politik.

Diese Reihenfolge ist auch relevant für die Rangfolge.

### *Die Bedeutung des Arbeitsmarktes*

Der wichtigste Schritt auf dem Weg der Integration ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Über die Position auf dem Arbeitsmarkt werden nicht nur die Konsumchancen verteilt. Die erreichte Position auf dem Arbeitsmarkt ist auch wesentlich für soziale Anerkennung und das eigene Selbstwertgefühl.

Die Zuwanderer haben zunächst die unteren Positionen auf dem Arbeitsmarkt besetzt. Sie sind im Vergleich zu den Deutschen häufiger prekär oder nur informell beschäftigt. Sie sind häufiger Arbeiter und seltener Angestellte und Beamte.

Ausländer sind sehr viel seltener auf den qualifizierten Arbeitsplätzen und besonders selten in den modernen produktionsorientierten Dienstleistungen und im öffentlichen Dienst zu finden.

Ausländer sind darüber hinaus ein Konjunkturpuffer, sie werden also sehr viel stärker von konjunkturellen Schwankungen berührt. Und: sie sind besonders häufig in stagnierenden oder schrumpfenden Branchen tätig. Deshalb hat ihre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zwischen 1999 und 2003 sehr viel schneller abgenommen als die der Deutschen (2003 gegenüber 2002  $-5,6\%$  /  $-2,0\%$ ; Beauftragte Tab.26, S.582). Dem entspricht, dass ihre Beschäftigung in sog. Minijobs sehr viel schneller zugenommen hat, ebenso ihre Arbeitslosigkeit.

Bis Anfang der 70er Jahre spielte Arbeitslosigkeit bei Ausländern fast keine Rolle. Seitdem ist sie kontinuierlich und überdurchschnittlich gestiegen. Die Arbeitslosenquote unter Ausländern ist heute fast doppelt so hoch wie die der Deutschen (sie stieg von 2001 bis 2004 von 17,4 auf 20,5%. Deshalb ist auch der Ausländeranteil an allen Arbeitslosen kontinuierlich gestiegen von 9,1% 1992 auf 12,5% 2003; Beauftragte Tab.34, S.590). Das gilt allerdings nicht für die Jugendlichen. Der Anteil der Arbeitslosen unter den ausländischen Jugendlichen ist kontinuierlich gesunken, während der ihrer deutschen Altersgenossen gestiegen ist. (Beauftragte Tab. 37, S.593).

Beunruhigend ist vor allem, dass sich von der einen Mio. Ausländer, die sich 2003 aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet haben, nur ein knappes Drittel wegen Arbeitsaufnahme abgemeldet hat. Für die überwiegende Mehrheit mündete die Abmeldung in dauernde Beschäftigungslosigkeit (Beauftragte S. 96f), ein Anzeichen für soziale Ausgrenzung.

Andererseits gibt es Anzeichen dafür, dass die Kluft kleiner wird:

So ist der Abstand zwischen Deutschen und Ausländern hinsichtlich ihrer Stellung im Beruf merklich geringer geworden. Das gilt besonders für Frauen.

Bei selbständiger Arbeit erreichen Ausländer annähernd gleiche Werte wie die Deutschen (9,7 zu 10,9, 2004). Das bezieht sich allerdings zu 3/4 auf Handel und Gastgewerbe und die durchschnittliche Lebensdauer dieser Betriebe, die nur knapp 2/3 der der Deutschen (3,9 zu 6,4 Jahren, Bremer 2000)

beträgt. Selbständigkeit bei Ausländern ist öfter als bei Deutschen Reaktion auf Diskriminierung und Arbeitslosigkeit.

Entsprechend ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt verdienen Ausländer sehr viel weniger als Deutsche. Und das *Armutrisiko* von Personen mit Migrationshintergrund steigt: von einem Fünftel 1998 auf ein Viertel 2003. (19,6% zu 24%; nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.).

### *Bedeutung des Bildungssystems*

Erfolg im Arbeitsmarkt entscheidet sich immer häufiger bereits im Bildungssystem. Deshalb ist das Bildungssystem für Integration mindestens ebenso wichtig wie der Arbeitsmarkt.

Die Pisa Studien belegen, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern Kinder mit Migrationshintergrund ausgesprochen schlechte Lernchancen haben. Besonders beunruhigend ist, dass hier geborene Migrantenkinder noch schlechter abschneiden als im Ausland geborene.

Ausländerkinder sind überproportional vertreten unter den Sonderschülern (bei einem Anteil von 9,8% an der Gesamtschülerschaft sind es zwischen 16% und 19% bei den Sonderschülern).

Nur 40% der ausländischen Jugendlichen erreichen einen höheren Abschluss als Hauptschule, bei den Deutschen sind es 70%.

Nur knapp jeder zehnte ausländische Jugendliche erreicht das Abitur, von den Deutschen jeder vierte.

Knapp 40% der 24-29jährigen Erwachsenen ohne deutschen Pass haben keine berufliche Ausbildung im Vgl. zu 10,4% der Deutschen.

Welchen Indikator man auch immer betrachtet, ausländische Kinder schneiden schlechter ab als Deutsche. Im Zeitverlauf zeigt sich aber eine ambivalente Entwicklung. Einerseits ist der Bildungserfolg besser geworden. In den 70er Jahren verließ noch fast die Hälfte der ausländischen Jugendlichen die Schule ohne einen Abschluss, heute ist es nur noch jeder Fünfte (Deutsche: jeder Zwölfte).

Andererseits sinkt seit Mitte der 90er Jahre der Anteil der ausländischen Jugendlichen an der beruflichen Ausbildung: von 43,5% in 1994 auf 34% 2002. Und: die ausländischen Ausgebildeten konzentrieren sich auf sehr wenige und weniger zukunftssträchtige Berufe. Am anderen Ende der Bildungshierarchie in den Hochschulen ist der Anteil der sog. Bildungsinländer sehr niedrig und sogar rückläufig von 3,5% 1999/2000 auf 3,3% 2003/2004.

### *Bedeutung der Wohnsituation*

Nach allen Indikatoren der Wohnqualität wohnen Ausländer schlechter als Deutsche. Sie wohnen beengter, in älteren und schlechter ausgestatteten Wohnungen, für die sie mehr zahlen müssen als Deutsche, an schlechteren Standorten und mit weniger Sicherheit vor Kündigung.

Allerdings hat sich die Ausstattung ihrer Wohnungen weitgehend an die der Deutschen angeglichen, ein Effekt der enormen Sanierungsanstrengungen in der BRD.

Ebenfalls gestiegen ist die Quote der Ausländer, die im Eigentum wohnen: von 6% 1995 auf 15,5% 2002. Aber: die Ausländer bilden Eigentum vorwiegend in den weniger attraktiven Segmenten des Wohnungsmarkts.

## *Politische Integration*

Insgesamt haben etwas über 1,2 Mio. Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erworben, gegenüber 7.3 Mio. mit ausländischem Pass. Nur knapp jeder sechste hier lebende Ausländer besitzt also die Voraussetzungen für eine vollberechtigte Mitwirkung am politischen System der BRD. Die Zahl der jährlichen Einbürgerungen ist bis 2000 kontinuierlich gestiegen, seitdem ist sie wieder rückläufig, trotz des neuen Einbürgerungsrechts.

## **Fazit**

Fasst man die strukturellen Merkmale zusammen, so ergibt sich kein eindeutiges Bild.

Am besten erscheint die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Hier verhindern die sozialstaatlichen Regulierungen durch sozialen Wohnungsbau und Wohngeld anscheinend Ausgrenzungskarrieren. Inwieweit die gegenwärtigen Tendenzen einer Globalisierung und Privatisierung auf dem Wohnungsmarkt daran etwas ändern werden, bleibt abzuwarten.

Im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt und damit in den für die Integration entscheidenden Systemen bleiben die Zuwanderer hinter den Deutschen zurück, es gibt sogar Anzeichen, dass die Kluft größer wird. Teilweise jedoch sind die Verhältnisse besser, als es die Daten zeigen:

Die 1,2 Millionen Eingebürgerten erscheinen nicht mehr in den Statistiken zur Situation von Ausländern. Die Annahme ist plausibel, dass sie strukturell besser integriert sind als die Nicht-Eingebürgerten.

Die sinkende Beschäftigungsquote hat auch mit dem *Wandel der demographischen Struktur* der Zuwanderer zu tun. Aus einer erwachsenen, männlichen Gastarbeiterbevölkerung ist eine Normalbevölkerung geworden mit höheren Anteilen an nicht berufstätigen Hausfrauen und Kindern. Es ist also kein Wunder, dass die Beschäftigungsquote sinkt.

Vor allem aber macht es wenig Sinn, „die“ Deutschen mit „den“ Ausländern zu vergleichen. Sowohl zwischen wie innerhalb der ethnischen Gruppen gibt es erhebliche Unterschiede. Türken und Italiener haben die schlechtesten Schulergebnisse, Spanier die besten, Mädchen haben sich verbessert, Jungen kaum. Die Durchschnittszahlen verdecken die internen Polarisierungen: innerhalb der ethnischen Gruppen gibt es eine große, sich kaum verringemde Gruppe ohne jeden Abschluss respektive ohne berufliche Ausbildung. Das betrifft u. a. über 50% der Türken und Italienern (Esser S. 43). Konfrontiert man diese Zahlen mit den auch künftig weiterhin steigenden Anforderungen an Bildung und Ausbildung, dann ist die Befürchtung fundiert, dass eine wachsende Minderheit der Zuwanderer dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sein wird; dieser Anteil wird beträchtlich höher sein als der der Deutschen. Für diese Zuwanderer droht Integration zu scheitern.

**Was sind angesichts dieser Entwicklungen die Bedingungen gelingender Integration in die Gesellschaft?**

In modernen Gesellschaften wird Fremdheit nicht nur durch Wanderungen gleichsam in eine in sich homogene Nationalgesellschaft importiert. Moderne Gesellschaften produzieren aus sich heraus tiefgreifende Fremdheiten. Die Basisannahme aller Theorien moderner Gesellschaften ist der Prozess fortschreitender Differenzierung. In diesem Prozess entstehen unterschiedliche Milieus und soziale Gruppen, die einander mit ähnlicher Distanz begegnen, wie Einheimische und Zugewanderte. Wenn aber

in modernen Gesellschaften Fremdheit zur Normalität wird, dann müssen moderne Gesellschaften auch Mechanismen zum Umgang mit Fremdheit entwickeln.

Diese Mechanismen sind

- Markt,
- Demokratie und
- urbane Lebensweise.

#### *Der Markt*

Zumindest in der Theorie ist der Markt farbenblind. Hier zählt nur, ob jemand über Ressourcen verfügt, nach denen Nachfrage besteht. Das können Waren sein oder Qualifikationen oder auch nur Geld. Wer darüber verfügt, kann in das ökonomische System integriert werden, unabhängig von seiner Hautfarbe und seinen politischen Überzeugungen.

#### *Das demokratische System*

Spiegelbildlich erlaubt das demokratische System - wiederum der reinen Theorie nach - politische Teilhabe ohne ökonomische Vorbedingung, man muss auch nicht über die deutschen Bildungsgüter verfügen sondern allein über die politischen Bürgerrechte.

#### *Die urbane Lebensweise*

Schließlich ist die urbane Lebensweise Voraussetzung für eine zwanglose und konfliktfreie Koexistenz von Fremden im Alltag der Stadt (das Folgende nach: Siebel 2004 S.26f). Stadt kann definiert werden als Ort, an dem Fremde leben. Der Fremde ist der Prototyp des Stadtbewohners. Im öffentlichen Raum der Stadt begegnet jeder dem anderen als ein Fremder. Deshalb muss der Städter eine Lebensweise entwickeln, die das Zusammenleben von Fremden auf engem Raum möglich macht. Simmel hat sie mit den Begriffen Reserviertheit, Blasiertheit und Gleichgültigkeit umschrieben. Der Städter wappnet sich gegen die beunruhigenden Erfahrungen von Fremdheit mit Distanz.

Simmels gelernter Großstädter, der sich mit urbaner Indifferenz die bedrohlichen wie die verlockenden Erfahrungen der Fremdheit vom Leib hält, hat aber Voraussetzungen, die nur für eine Minderheit in unserer Gesellschaft gewährleistet sind. Um sich Gleichgültigkeit gegenüber anderen leisten zu können, darf der Städter nicht auf andere in irgendeiner Weise angewiesen sein. Simmels Großstadtcharakter basiert z.B. auf ökonomischer Unabhängigkeit. Das aber trifft auf die wenigsten zu, die gegenwärtig in deutschen Städten leben.

Wenn also der Integrationsmodus der urbanen Indifferenz allenfalls für Minderheiten praktikabel ist, welche anderen Konzepte gelingender Integration sind dann unter den Bedingungen moderner Gesellschaften vorstellbar? In der folgenden Übersicht sind vier Konzepte von Integration nach zwei Kriterien geordnet. Erstens, wie wird gelungene Integration vorgestellt – als durchgesetzte Homogenität oder als ertragene Differenz? Zweitens, wer ist Träger der Integrationsleistung – das Individuum oder die Stadtgesellschaft als Ganzes?

<b>Vier Modelle der integrierten Stadt</b>		
Träger der Integration  Ziel der Integration	Individuum	Stadt
Homogenität	<i>Assimilation</i>	<i>melting pot</i>
Differenz	<i>Urbane Lebensweise</i>	<i>Mosaik</i>

*Assimilation* bezeichnet einen Anpassungsprozess, in dessen Verlauf Fremdheit verschwindet, indem eine Gruppe oder ein Individuum sich spurlos in eine dominante Kultur einfügt. Integration ist eine Leistung der Zugewanderten und sie wird durch Verinnerlichung eines homogenen Satzes von Werten und Normen gewährleistet.

Auch bei dem amerikanischen Modell des *melting pots* steht am Ende eine homogene Kultur. Aber sie entsteht dadurch, dass die verschiedenen Einwanderungsgruppen ihre mitgebrachten Kulturen in den großen Schmelztiegel Amerikas einbringen, wo sie zu einer neuen, nun allen gemeinsamen Kultur eingeschmolzen werden, dem *american way of life*: Integration durch Homogenität, aber diese ist Ergebnis der produktiven gegenseitigen Anpassung aller Gruppen einer Gesellschaft.

Im Modell der Stadt als *Mosaik* kleiner Lebenswelten wird Integration ebenso als ausgehaltene Differenz begriffen. Während es aber bei Simmel Sache des Individuums ist, Fremdheit durch Distanz einzuhegen, ist es im Modell der Stadt als Mosaik die Leistung der Stadtstruktur, bei aufrecht erhaltener kultureller Differenz dennoch ein Zusammen-, besser ein Nebeneinanderherleben in der Stadt zu ermöglichen. Die Menschen leben in quasi dörflichen Gemeinschaften, die räumlich voneinander separiert sind. Segregation, die Konzentration der verschiedenen Gruppen der Stadtbevölkerung in verschiedenen Räumen der Stadt, entschärft die möglichen Konflikte zwischen verschiedenen Fremdheiten, indem soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Distanzen übersetzt werden.

Welches dieser Modelle ist unter den Bedingungen moderner Gesellschaften praktikabel? Basisannahme aller soziologischen Theorien moderner Gesellschaften ist die These von der zunehmenden Differenzierung durch

- fortschreitende Arbeitsteilung,
- die Verselbstständigung der gesellschaftlichen Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft, Religion und Wissenschaft,
- die Globalisierung etc.

Mit diesen strukturellen Differenzierungen korrespondiert eine kulturelle Differenzierung durch Wertewandel und die Ausbildung unterschiedlicher Milieus und Lebensstile.

### Ansatz der Chicagoer Schule: Integration durch Segregation

Angesichts dessen sind Vorstellungen von sozialer Integration in eine homogene Kultur unrealistisch geworden. Integration kann in modernen Gesellschaften nur als ausgehaltene Differenz gedacht werden. Da die Voraussetzungen für die massenhafte Herausbildung des urbanen Großstadtcharakters fehlen, ist das Modell der urbanen Indifferenz ebenfalls unrealistisch.

Bleibt das Modell der Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten.

Dieses Modell wurde von der sog. Chicagoer Schule der Soziologie in empirischen Untersuchungen der Einwanderungsstadt Chicago entwickelt (Park/ Burgess 1925). Dabei stellte sich heraus, dass sich die verschiedenen Gruppen der Stadtbevölkerung nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen, sondern sich in besonderen Quartieren separieren: *Little Italy*, *Little Germany*, *China Town*, *The Gold Coast*, die Wohngebiete der Oberschicht, etc.

Die kleinen Welten wirken als ein Puffer zwischen dem eingewanderten Individuum und der Aufnahmegesellschaft. Sie bilden den Brückenkopf in der Fremde, wo der Einwanderer vertraute Sitten, Einrichtungen und Menschen findet, wo seine Sprache verstanden wird und so der Schock der Migration gemildert ist. Und indem diese kleinen Welten räumliche Distanz zueinander halten, hegen sie die Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen ein. Die Chicagoer Soziologen haben deshalb am Fall der Stadt Chicago ein Grundmuster der Integration entwickelt, das sich in allen Einwanderungsgesellschaften findet: die Integration durch Segregation.

### Pro und Kontra Segregation

Die Stadt- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik war immer eine Politik der Vermeidung von Segregation. Dafür gab es gute Gründe, solange es sich um eine vorwiegend ökonomisch bedingte Segregation handelte. Unter Bedingungen moderner Einwanderungsgesellschaften aber entstehen ethnisch und kulturell bedingte Segregationen, denen gegenüber diese Gründe nicht mehr gelten.

Die Diskussion um Pro und Contra Segregation gleicht einer Auseinandersetzung, bei der jeder dem anderen die jeweils vergessenen Seiten eines hochkomplexen Problems vorhält (Vgl. zum Folgenden Häußermann/ Siebel 2001). Ich will dieses Pro und Contra hier nicht ausführen. Sie können es u.a. in den Berichten der Schader-Stiftung nachlesen. Ich will die Pattsituation in dieser Diskussion nur an einem Beispiel verdeutlichen: den Thesen zur Wirkung von räumlicher Nachbarschaft auf die Integration.

- Nach der *Kontakthypothese* erleichtert räumliche Nähe Kontakte. Kontakte führen zu mehr Wissen übereinander, was dazu beiträgt, Vorurteile zu korrigieren und Toleranz zu fördern. Kurz: räumliche Mischung fördert die Integration, Segregation behindert sie.
- Die *Konflikthypothese* wiederum behauptet mit ähnlicher Plausibilität das genaue Gegenteil: Enge Nachbarschaften zwischen Menschen mit unterschiedlichen Gewohnheiten, Zeitstrukturen, Sauberkeitsstandards, Lärmempfindlichkeit, verschiedenen Lebensstilen und unterschiedlichen Auffassungen von der Rolle der Frau oder über Kindererziehung schaffen eine Fülle von Reibungsflächen. Normalerweise sucht man dem zu entgehen, indem man die Nachbarschaft von Gleichgesinnten sucht. Nach der Konflikthypothese schafft Mischung Konflikte, die sich durch Segregation vermeiden ließen.

Die Kontroverse lässt sich auflösen. Einmal durch angemessene Erklärungen.

Ein Denkfehler in der Diskussion liegt darin, mit räumlichen Faktoren soziale Phänomene erklären zu wollen. Zwar ist es richtig, dass für bestimmte Kontakte, etwa Umarmungen oder Prügeleien, physische Nähe unabdingbare Voraussetzung ist. Aber die bloße Tatsache physischer Nähe erlaubt keinerlei Prognose über die Qualität der dadurch ermöglichten Kontakte. Das hängt allein von den sozialen Bedingungen ab, unter denen physische Nähe zustande kommt. Vereinfacht: wer sich liebt, der wird die Nähe für eine Umarmung nutzen, wer sich hasst für eine Prügelei. Gegenwärtig aber kommen Nachbarschaften zwischen Deutschen und Zuwanderern eher unter ungünstigen sozialen Bedingungen zustande. Die Filtermechanismen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten führen die Zuwanderer systematisch in die Nähe zu den Verlierern des gesellschaftlichen Strukturwandels unter den Deutschen. Wer sozialen Abstieg hinnehmen musste oder in existentiell ungesicherter Situation lebt, der ist aber am wenigsten in der Lage, mit urbaner Toleranz auf die Fremden zu reagieren, im Gegenteil, er braucht Sündenböcke, und Fremde haben sich für diese Rolle immer gut geeignet. Kein Wunder also, dass in solchen Nachbarschaften Konflikte auftreten.

Der zweite Denkfehler besteht in zu geringer Differenzierung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation. Segregation ist eben nicht gleich Segregation. Ein deutlicher Hinweis auf Freiwilligkeit ist die hohe Segregation gerade bei den Gruppen mit den meisten Optionen auf dem Wohnungsmarkt. Wer viele Wahlmöglichkeiten hat, der kann seinen Wohnstandort auch nach der sozialen Umwelt auswählen. Dass unter solchen Umständen in der Regel sozial homogene Nachbarschaften bevorzugt werden, beruht nicht zuletzt auf dem Wunsch, Konflikten im buchstäblichen Sinne aus dem Weg zu gehen. Dass die Nachbarschaft mit Ihresgleichen auch für Zuwanderer attraktiv ist, beweist das Phänomen der Kettenwanderung, wonach spätere Zuwanderer eben dorthin ziehen, wo ihre Landsleute sich bereits angesiedelt haben.

Allerdings: die Differenzierung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation ist nur analytisch leicht. In der Praxis überlagern sich die Elemente freiwilliger und erzwungener Segregation. Das aber rechtfertigt keineswegs, jede Form der Segregation zu verhindern. Erzwungene Mischung ist ebenso wenig integrationsfördernd wie erzwungene Entmischung, da sie den Aufbau der informellen Netze behindert, auf die gerade neu Zugewanderte besonders angewiesen sind. Einwandererquartiere müssen als Dauerinstitution der Stadt hingenommen werden. Zugleich muss aber alles daran gesetzt werden, dass diese Quartiere nicht zu Fallen werden, aus denen die Zuwanderer keinen Weg mehr in die Aufnahmegesellschaft finden.

Zu Fallen werden sie vor allem dann, wenn die Integration in die Systeme von Bildung, Wirtschaft und Politik nicht gelingt. Wenn die räumliche Segregation einer ethnischen Gruppe sich mit Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und politischer Rechtlosigkeit überlagert, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die Betroffenen darauf mit Rückzug in eine eigene Welt reagieren. Das wiederum behindert ihre Chancen auf Erfolg in der Aufnahmegesellschaft. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen stünde dauerhafte Ausgrenzung.

## Die soziale Integration

Markt, Demokratie und Stadt sind prinzipiell offene Systeme, die eine Teilnahme ohne Ansehen der Person erlauben. Die Straßen der Stadt stehen jedem offen, gleich ob er zu Hause den Koran liest oder atheistische Pamphlete, solange nur die Codes des Verhaltens im öffentlichen Raum eingehalten werden. Die Leistung besteht dabei in mehr als in resignierter Toleranz, die die Tatsache der Fremdheit bloß

hinnimmt, im Gegenteil, die Kreativität der Stadt, die Legitimität der Politik und die Produktivität der Wirtschaft beruhen auf der Fähigkeit dieser Systeme, Integration bei zunehmender Differenz zu gewährleisten. Aber dass sie so funktionieren, hat eine Fülle objektiver und subjektiver Voraussetzungen.

Soziale Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der der aufnehmenden Gesellschaft und den Zugewanderten große und wechselseitige Leistungen abverlangt. Bedingung *sine qua non* ist die strukturelle Möglichkeit der Integration. Die Gesellschaft muss objektive Chancen politischer und ökonomischer Teilnahme eröffnen, um Integrationsanstrengungen seitens der Subjekte verlangen zu können.

Das setzt einen Arbeitsmarkt ohne strukturelle Barrieren nach Region, Geschlecht, Herkunft, Alter, Nationalität etc. voraus, alles Bedingungen, die in der BRD keineswegs gegeben sind.

Da heute der Erfolg im Bildungssystem weitgehend über die Arbeitsmarktkarriere entscheidet, ist ein nicht systematisch nach Schicht und ethnischer Zugehörigkeit selektierendes Bildungssystem eine weitere, gegenwärtig nicht gewährleistete objektive Voraussetzung.

Wer sich im Arbeitsmarkt, im Wohnungsmarkt und in der Politik an den Rand gedrängt sieht, der wird auch keine positive Einstellung zur Gesellschaft der BRD entwickeln. Für den, den sie ausgrenzt, hat unsere Gesellschaft wenig Charme, eher eine Fratze.

Subjektive Anstrengungen aber sind ebenso unabdingbar wie objektiv gebotene Möglichkeiten der Integration.

Um eine bessere Position auf dem Arbeitsmarkt besetzen zu können, ist neben Sprachbeherrschung auch die Einübung bestimmter Verhaltensweisen notwendige Voraussetzung. Wer glaubt, mit seinen Fäusten den Kampf um sozialen Aufstieg ausfechten zu können, wird außer im Profiboxen nicht weit kommen. Selbstbeherrschung, die Anerkennung auch weiblicher Autoritäten, Arbeitsdisziplin etc. sind ebenso unumgänglich wie hohe Investitionen in die eigene Bildung und Ausbildung. Integration in den Arbeitsmarkt einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft verlangt von Katholiken wie Muslimen die Tugenden der protestantischen Ethik.

Ähnliches gilt für das politische System. Die Teilnahme an politischen Prozessen setzt seitens der Subjekte Organisations-, Artikulations- und Konfliktfähigkeit sowie die Beherrschung der demokratischen Spielregeln voraus. Dazu zählen nicht nur die Verfassung sondern auch die Prinzipien der Trennung von Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Integration im Sinne einer Chancengleichheit von einheimischer und zugewandeter Bevölkerung setzt auf Seiten der Subjekte weitreichende Anpassungsleistungen voraus. Es gibt eine Normativität des Faktischen, der man sich nur bei Strafe dauerhafter Ausgrenzung entziehen kann. Insofern gibt es durchaus eine „Leitkultur“, aber sie beruht weniger auf einem Kanon unverrückbarer Werte als auf dem stummen Zwang der Verhältnisse.

Die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme ist mehr als „Kultur“, sie ist Ergebnis eines Modernisierungsprozesses, der die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft enorm gesteigert hat. Die vielleicht schwierigste Voraussetzung gelingender Integration ist die Einsicht - auf Seiten der aufnehmenden Gesellschaft wie auf Seiten der Zuwanderer - in die Janusköpfigkeit dieses Prozesses. Die soziologischen Theoretiker der Modernisierung haben mit wechselnden Formulierungen auf die Risiken und Verluste der Modernisierung hingewiesen: Anomie (Durkheim), Entfremdung (Marx), Verlust von Gemeinschaft (Tönnies), ein neues Fellachentum im Gehäuse der Hörigkeit (Max Weber). Aber der Prozess der Modernisierung ist unumkehrbar, es sei denn, man verzichtete auch auf seine Erträge: materieller

Wohlstand, Rechtssicherheit, politische Freiheit und die schillernden Chancen der Individualisierung; Erträge, deretwegen die Meisten der Flüchtlinge wie der Zuwanderer überhaupt die Mühen der Migration auf sich genommen haben.

## Integration braucht Zeit und Raum

Eine gewohnte Identität kann in dem Maße aufgegeben werden, wie man eine neue gewinnt. Deshalb muss jede Einwanderungsgesellschaft glaubhaft machen, dass sich Anpassung lohnt. Aber auch unter idealen Bedingungen aufnahmefähiger Märkte, einer vorurteilsfreien Bevölkerung und eines beteiligungsoffenen politischen Systems braucht solche Anpassung Zeit und Raum. Man kann nicht erwarten, dass die zwanzigjährige Frau aus Sri Lanka mit dem Schritt über die deutsche Staatsgrenze auch gleich sämtliche hier geforderten Voraussetzungen erwirbt. Integration braucht Übergangszeiten.

Ebenso notwendig sind Räume des Übergangs. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten ist ein solcher Raum, wenn sie den Individuen geschützte Heimaten für ihre Besonderheiten bietet, Brückenköpfe in der Fremde, wo ihre durch die Migration infrage gestellte Identität gestützt wird. Und nur auf Basis einer halbwegs gesicherten Identität kann man sich auf die Auseinandersetzung mit einer neuen Kultur fruchtbar einlassen.

Zugleich müssen Wege aus diesen Übergangsräumen in die Normalgesellschaft offen gehalten werden. Die Stadtstruktur als ein Mosaik verschiedener Lebenswelten ist dauerhaft, aber die Individuen und sozialen Gruppen müssen sich darin bewegen können. Nur dann sind die kleinen Welten in der Stadt keine Fallen, sondern Stufen im Integrationsprozess. Also müssen auch in deutschen Städten Einwanderungsquartiere als dauerhafte Institutionen der Stadt akzeptiert werden und zugleich muss alles daran gesetzt werden, dass die Individuen sich nur vorübergehend dort aufhalten müssen.

Integration ist ein langwieriger, hoch riskanter Prozess, dessen Modalitäten in konfliktbehafteten Auseinandersetzungen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Dieser Prozess verlangt allgemein akzeptierte Regeln der Konfliktaustragung und er beginnt mit jeder Einwanderungswelle aufs Neue. Er kann nur gelingen, wenn Markt, Demokratie und Stadt als offene Systeme funktionieren und er verlangt von allen Beteiligten große Leistungen der Anpassung. Insofern bietet das vorhin vorgestellte Schema der vier Modelle gelingender Integration nur eine analytische Unterscheidung. Die Modelle verabsolutieren Elemente der Integration, die in der Wirklichkeit alle gefordert sind:

Von den Individuen wird sowohl Anpassung wie urbane Indifferenz verlangt und die Stadtgesellschaft muss sowohl *melting pot* wie *Mosaik* sein.

Das erfordert von der Politik eine Wanderung auf sehr schmalem Grad. Aber, wie Sigmund Freud einmal gesagt hat: Es gibt für jedes komplexe Problem eine einfache Lösung. Nur die ist gewöhnlich falsch.

## Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Bericht. Berlin, August 2005

Bremer, Peter: Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Opladen: Leske und Budrich 2000

Esser, Hartmut: Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, <http://www.bmi.bund.de/Downloads/Esser.pdf> 2001

Park, Robert und Ernest W. Burgess: The City. Chicago 1925.

Häußermann, Hartmut und Walter Siebel: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin/Oldenburger 2001,

<http://www.bmi.bund.de/Downloads/Haeussermann.pdf> S.43ff

Siebel, Walter: Einleitung: Die europäische Stadt. In: Ders. (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M 2004, S. 11-50

Zu den Erfahrungsberichten

## Vermittlung interkultureller Kompetenzen am Beispiel einer Großwohnanlage

liegen von den Referenten

Andreas Vondran, LEG Remscheid GmbH  
und  
Handan Cetinkaya-Roos, CR Communication, Bergisch-Gladbach

die Vortrags-Folien mit den wichtigsten Stichworten zum Thema vor.

Die Vorträge konnten auf der Veranstaltung  
„Integration – sind wir auf einem guten Weg?“ am 22. März 2006  
nicht gehalten werden.

**„Integration – sind wir auf einem guten Weg?“  
Erfahrungsbericht I:  
Die Bedeutung interkultureller Kompetenzen für die  
Wohnungswirtschaft: Ausländer oder Kunde?**

Handan Cetinkaya-Roos, M.A.  
CR Communication  
22.03.2006

Copyright by CR Communication

## Kurzprofil CR Communication

- Connecting cultures / Brückenfunktion zwischen Kulturen
- Ansprache der deutschen, türkischen, russischen und arabischen Communities in Deutschland
- CR Communication steht für ein Netzwerk von Fachleuten und Spezialisten
- Entwicklung zielsicherer Marketinginstrumente für die jeweilige Zielgruppe

Copyright by CR Communication



- Ethnomarketing heißt nicht, Werbetexte lediglich ins türkische zu übersetzen, sondern Lebensgefühl und Lebensweise, die sich in religiösen, moralischen und ästhetischen Vorstellungen widerspiegeln, ebenso zu berücksichtigen.
- Ethnomarketing für die jeweilige Ziel-Community in Deutschland muss die muttersprachlichen Medien und Kommunikationsmittel nutzen.
- Projekte müssen von qualifizierten Fachkräften geplant und durchgeführt werden.

Copyright by CR Communication



Die LEG wünschte eine gezielte Ansprache der russischen und türkischen Zielgruppe mit dem Ziel der Vermietung von Wohnungen in bestimmten Wohnobjekten, in denen schon mehrheitlich Russen bzw. Türken wohnen.

Es konnte gemeinsam ein guter Kommunikationsmix erstellt werden:

- Gestaltung und Verteilung russisch-/ und türkischsprachiger Plakate und Flyer (Sprache, Darstellung, Inhalt, kultureller Hintergrund)
- Mailings für türkische und russische Haushalte
- Türkische Telefonhotline und Telefonaktion
- Gezielte Aktionen zu Feiertagen
- Mitarbeiterschulungen zum Thema: Türkische Community

Copyright by CR Communication



## Fazit und Ausblick

- Mieter anderer Nationalitäten müssen vorrangig als **Kunde** und nicht als **Ausländer** verstanden und wahrgenommen werden.
- Verkaufsfördernde Maßnahmen müssen sich **an den Bedürfnissen und der Lebenssituation der Zielgruppe orientieren** und von qualifizierten Fachkräften geplant und durchgeführt werden.
- Kunden mit Migrationshintergrund nicht als Belastung sehen, sondern als **Träger von interkulturellen Kompetenzen**.
- Die Immobilienbranche muss sich Gedanken machen, wie sie Zielgruppen mit Migrationshintergrund gezielt / effektiv ansprechen und erreichen kann.

„Integration – sind wir auf einem guten Weg?“,  
am 22. März 2006 in Köln

LEG

Die Bedeutung interkultureller Kompetenzen  
für die Wohnungswirtschaft:  
„Ausländer“ oder Kunde?

LEG

## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

Ausgangssituation LEG-Konzern:

- ▣ rund 100.000 Wohnungen
- ▣ ca. 350.000 Mieter
- ▣ > 20 % Migranten
- ▣ davon > 50 % „türkische“ Kunden
- ▣ und ca. 30 % „russische“ Kunden
- ▣ bis zu 60 % Ausländeranteil in einzelnen Quartieren





Bedeutung interkultureller Kompetenzen

Darf ein Wohnungsunternehmen.....  
eigentlich mit ausländischen Vereinen  
und Organisationen kooperieren, die  
Wohnsiedlungen mehr nach ihren  
Bedürfnissen ausrichten wollen ?



(Was sind das überhaupt für Vereine und  
welche Ziele verfolgen sie ?)

Bedeutung interkultureller Kompetenzen

Darf ein Wohnungsunternehmen.....  
eigentlich Mitarbeiter in Länderkunde  
und interkultureller Kompetenz  
schulen ?



(Was halten Ihre Mitarbeiter davon und  
wie stehen diese überhaupt zu  
Ausländern ?)

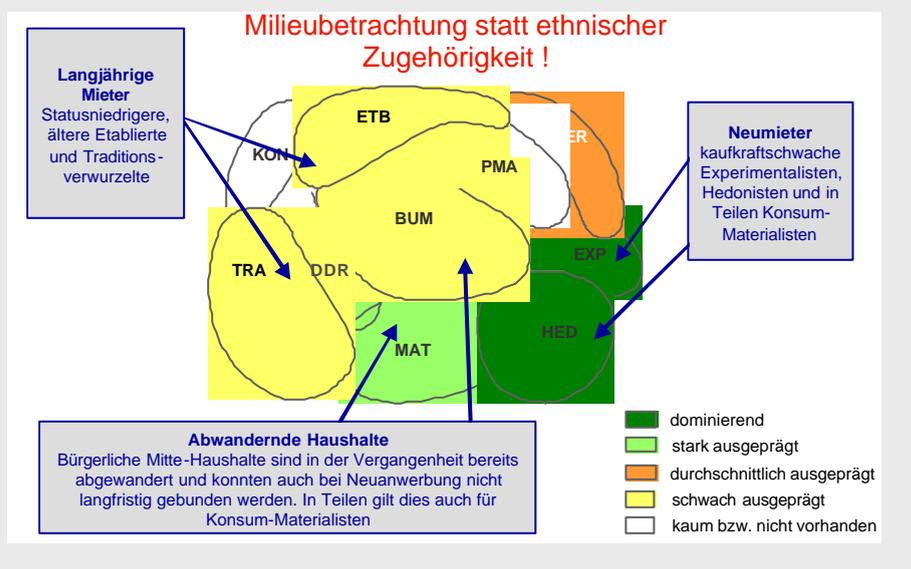
## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

Wie realistisch ist eigentlich eine Belegungsquote von 20 % Ausländer für ein Quartier.....

- wenn der Ausländeranteil der Stadt bei 15 %
- der Anteil Sozialwohnungen in der Gesamtstadt bei 10 % und
- der Marktanteil der eigenen Sozialwohnungen bei 55 % liegt ?



## Bedeutung interkultureller Kompetenzen



## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

### Überblick der LEG-Strategien: Basics

- Beschäftigung Mitarbeiter oder Honorarkräfte mit Sprach- und Kulturkenntnissen
- Kooperation mit Ausländerbeiräten, Mieterbeiräten und Vereinen
- Kundenbefragung auch in türkischer Sprache
- Informationen in Landessprachen
- Multimedia- und Fernsehangebote zur Vermeidung stigmatisierender „Schüsselwälder“
- Mietergärtenprojekte
- Events und Ferienprogramme



## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

### Überblick der LEG-Strategien:

- Belegungsmanagement
- Sinus-Milieuanalysen
- Ethnomarketing
- Schulung der Mitarbeiter in soziale Kompetenz und Länderkunde
- gezielte Integrationsprojekte



## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

### Beispiel für ein gezieltes Integrationsprojekt: Wuppertal-Sternenberg

#### Ausgangslage:

- 🚩 210 WE
- 🚩 Ausländeranteil: 30 % (Aussiedler 20 %)
- 🚩 Postbeamte vs. Neue Mieter



## Bedeutung interkultureller Kompetenzen

### Integrationsprojekt: WuppertalSternenberg

- 🚩 Kooperationsprojekt Ressort „Zuwanderung und Integration“ der Stadt Wuppertal
- 🚩 Umbau einer Wohnung zum „Sternentreff“ mit Kurs - Sport- und Freizeit - und Beratungsangeboten
- 🚩 Ständige Ausweitung des Angebots durch Akteure der Stadtteilkonferenz
- 🚩 Russische Mitarbeiterin begleitet alle Mieterinformationen und Sanierungsveranstaltungen persönlich
- 🚩 Gezielte Befragungen und Aktivierung des Ehrenamts
- 🚩 Zusätzliche Beratungszeiten während der Sanierung
- 🚩 Begleitendes Ethnomarketing
- 🚩 Mitarbeiterschulungen



Michael Hampel

## Wege der Integration in Wohnsiedlungen von Rüsselsheim Erfahrungsbericht: das Konzept der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim

Meine Damen und Herren,

mein Bericht kommt aus einem mittleren Wohnungsunternehmen in einer mittleren Stadt. Ich berichte zwar von oben, aber letztlich von ganz unten. Und ich habe heute von Professor Siebel gelernt: Ich habe einen Migrationshintergrund. Ich bin geboren in Heidelberg, bin zum Teil groß geworden in Polen, habe nach dem Krieg in verschiedenen Städten Norddeutschlands gelebt, bin schließlich von Berlin nach Dortmund, von Dortmund nach Düsseldorf, von Düsseldorf nach Mainz gezogen. Migrantenhintergrund heißt für mich die Notwendigkeit, sich als Zugezogener an den jeweiligen Orten anzupassen.

In Rüsselsheim wird immer zuerst gefragt: „Wo ist hier bitte die Drosselgasse?“

Diese Beschreibung will ich Ihnen ersparen. Dennoch eine Anmerkung zur geographischen Lage von Rüsselsheim: die Stadt liegt in der Nachbarschaft zu Mainz, Wiesbaden und Frankfurt.

Rüsselsheim ist eine typische mittelgroße Stadt. Natürlich verbinden Sie Rüsselsheim, wie wir alle, mit Opel. Aber: inzwischen sind mehr Rüsselsheimer am Flughafen Frankfurt als bei Opel beschäftigt. Rüsselsheim hat rd. 60.000 Einwohner mit einem Ausländeranteil von 24% und 100 Nationen. Der Wohnungsbestand in Rüsselsheim hat 27.500 Wohnungen, davon liegen 16.900 in Gebäuden mit mehr als 3 Wohneinheiten, also in Mietwohngebäuden. Die gewobau hat 6.600 Wohnungen, das sind fast 40% der Mietwohnungen in Rüsselsheim. Bei unserem Unternehmen wohnt mindestens jeder dritte Rüsselsheimer. Der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund beträgt in unserem Unternehmen 35%. Das ist keine Größe, die man übergehen kann. Deshalb beschäftigen wir uns seit etwa fünf/sechs Jahren intensiv mit der Frage: Wie gehen wir mit dem Thema Integration um? Ich habe ebenso wie Herr Schneider zwar keine Enzyklopädie, aber ein Lexikon im Internet bemüht. Ich fand im Sinne der gewobau von den zahlreichen Definitionen folgende soziologische Definition von Integration am besten: *Herstellung eines Ganzen*.

### Grundsätze der gewobau

Die Definition beschreibt vieles von dem, was die gewobau unter Grundsätzen versteht. Wir haben kein eigenes Integrationsprogramm, sondern wir haben bestimmte Grundsätze entwickelt und aus diesen Grundsätzen heraus bestimmte Maßnahmen abgeleitet.

*Grundsatz: Alle Mieter sind Kunden*

Das muss heute eine Selbstverständlichkeit sein. Wir haben unsere Mitarbeiter in diesem Sinne ausgebildet. Dabei kam uns entgegen, dass wir - in unserem Metier eher ungewöhnlich - eine relativ junge Mannschaft in der Wohnungsverwaltung haben, alles ausgebildete Kauffrauen und Kaufmänner der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Und wir bilden auch weiter aus.

### *Grundsatz: Migranten sind nicht problematischer als andere Mieter*

Wir sagen, dass Migranten nicht problematischer sind, sondern dass sie andere Probleme haben. Nach unserer Erfahrung ist es auch nicht so, dass es nur zwischen Deutschen und Migranten Probleme gibt. Es gibt sie genauso zwischen Migranten gleicher Herkunft und unterschiedlicher Herkunft. Erstaunlicherweise sind die Probleme immer gleich gelagert vor allem was Lärm und Sauberkeit betrifft. Darüber hinaus gibt es eine Fülle von Kleinigkeiten auf Grund persönlicher Erfahrungen. Aber wir haben nicht feststellen können, dass es besondere Probleme mit Migranten gibt.

### *Grundsatz: Keine Belegungsquoten*

Wir haben uns entschieden, keine Belegung unserer Wohnungsbestände gezielt nach Herkunft vorzunehmen. Wir vergeben Wohnungen nach Bedarf; d. h. wir achten darauf, dass es z. B. keine Überbelegungen gibt. Wir achten darauf, dass größere Wohnungen Familien mit Kindern zur Verfügung stehen. Dabei spielt bei uns die Herkunft keinerlei Rolle. Die Frage von Quoten ist bei uns in den letzten Jahren nie diskutiert worden.

### *Grundsatz: Das Zusammenleben fördern*

Was wollen wir erreichen? Wir wollen das Zusammenleben unserer Mieter durch Angebote, Betreuung und Begleitung fördern, und das gilt für alle Bewohner.

Dazu haben wir sozusagen übergeordnete Maßnahmen getroffen.

## **Die übergeordneten Maßnahmen**

### *Ausbildung und Beschäftigung von Migranten*

Ein wichtiger Punkt ist die Ausbildung und Beschäftigung von Migranten. So sitzt in unserem Kundeneingangsbereich am Empfang eine junge Frau, die ausgebildete Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft ist und daher schon viele Probleme vor dem eigentlichen Kundengespräch mit den Betreuern erledigen kann. Sie ist gebürtige Marokkanerin. Für mich ist es immer wieder besonders amüsant zu sehen, wenn ein älterer bärtiger Moslem (Marokkaner, sonstiger Araber oder auch Türke) hereinkommt und dieser jungen, sehr europäisch wirkenden Frau begegnet. Ich behaupte einmal: Das ist ein erster Schritt zu einer gewissen Integration. Es wird dann nämlich – so hat sie mir berichtet – oft gefragt: „Ich würde gern jemanden sprechen, der zuständig ist.“ Und da sie selbstbewusst ist, hat sie natürlich die richtige Antwort bereit, nämlich: „Ich bin zuständig.“ Und sie hat das Fachwissen, sie kennt ihre Landsleute, sie kann mit ihnen umgehen. Wir bilden eben nicht nur Migranten aus, sondern wir beschäftigen sie auch. Wir haben mehrere Mitarbeiter im Haus mit Migrationshintergrund, erstaunlicherweise fast ausschließlich weibliche Beschäftigte. Das mag Zufall sein, liegt aber auch daran, dass wir qualifiziertere Bewerbungen bei Ausbildungssuchenden von Frauen als von Männern bekommen.

### *Identifizierung mit dem Wohngebiet*

Als eine weitere übergeordnete Maßnahme fördern wir die Identifizierung unserer Mieter mit ihren Wohngebieten, also nicht allein mit der Stadt oder ihren Nachbarn, sondern wirklich mit dem Wohngebiet.

Rüsselsheim ist nicht organisch gewachsen. Rüsselsheim hat immer, wenn Opel Arbeiter brauchte, einen neuen Stadtteil entwickelt; und ein kommunales Unternehmen wie die gewobau, knapp über 50 Jahre alt, hat in diesen Stadtteilen natürlich Wohnungen gebaut. Wir können in diesen Wohngebieten also auch wirklich etwas bewegen. Wenn wir Maßnahmen ergreifen, dann vor Ort.

Ein Beispiel: wir haben in einem mit Hochhäusern hochverdichteten Gebiet der 60er/70er-Jahre, dem Stadtteil „Dicker Busch“, neben einem komplexen Modernisierungsprogramm, das die Instandsetzung aller Häuser umfasste und in diesem Jahr abgeschlossen wird, das gesamte Wohnumfeld neu gestaltet. Wir haben gemeinsam – das Gebiet wird im Programm „Soziale Stadt“ gefördert – mit Institutionen der „Sozialen Stadt“ einen Wettbewerb gemacht, um ein Logo für den „Dicken Busch“ zu entwerfen. Das auf einem unserer Häuser angebrachte Logo wird inzwischen von allen möglichen Instituten im Stadtteil verwendet.

Wir haben in diesem Stadtteil weitere Maßnahmen getroffen, auf die ich im Einzelnen noch eingehen werde. Insgesamt wollen wir die Identifizierung verstärken, damit dieser Stadtteil nicht mehr diskriminiert wird. Heute müssen wir uns eher mit Vorwürfen auseinander setzen, dass zu Lasten anderer Gebiete zu viele Mittel in das Gebiet fließen. Aber nach sieben Jahren Modernisierung und Umgestaltung in kleinen Schritten haben wir erreicht, das so etwas wie Identifizierung entstanden ist: „Ich wohne in einem Gebiet, das funktioniert.“

#### *Verbesserung des Wohnumfeldes*

Wir haben dieses typische Gebiet 60er/70er-Jahre mit guter Infrastruktur, guter Wegeverbindung, guten Parkmöglichkeiten, aber eben nur ein Gebiet des sozialen Wohnungsbaus mit berechtigt oder unberechtigt schlechtem Ruf, aufgewertet. Dazu gehört auch, wie schon erwähnt, das Wohnumfeld insgesamt. Wir haben also Maßnahmen getroffen, um auch das Außenbild entsprechend zu gestalten. Wir haben die Gebäude neu gestaltet, neue Balkongitter angebracht, neue vergrößerte Eingangsbereiche gebaut, in Abstimmung mit Farbberatern eine neue Farbgebung gewählt. Sie haben heute eher den Eindruck, Sie kommen in ein Appartementhaus mit hochwertigen Wohnungen und nicht in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus der 60er/70er-Jahre.

#### *Verbesserung des Wohnstandards*

Wir wollen insgesamt unseren Wohnungsbestand auf einen zeitgemäßen Standard heben. Dazu haben wir im letzten Jahr ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm aufgelegt und begonnen, ein 10-Jahres-Programm mit einem Volumen von 100 Mio. Euro allein für die Modernisierung unserer Wohnungen. Dabei nehmen wir keinerlei Rücksicht auf persönliche Wünsche, d. h. wir verändern nicht die Grundrisse, sondern wir erneuern die Infrastruktur, wir erneuern das Haus von außen. Wir nehmen auch keine Rücksicht darauf, dass bestimmte Menschen – häufig mit Migrationshintergrund – oft in besonders preiswerte Wohnungen ziehen wollen. Diese Wohnungen gibt es dann bei uns eben nicht. Eine bestimmte Ausstattung verlangt eine gewisse Miete.

Wir haben in einer Strategieplanung festgelegt, in welchen Gebieten wir zwar nicht Luxus, aber sehr hochwertig modernisieren, und in welchen Gebieten wir eher mit niedrigerem Standard modernisieren. Aufgabe eines kommunalen Unternehmens ist es natürlich auch, die Menschen zu versorgen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – keine sehr teure Wohnung oder mittelteure Wohnung leisten können oder wollen. Auch diesem Anspruch kommen wir nach. Die Strategieplanung wurde mit unserem Gesellschafter abgestimmt und im Rahmen des 10-Jahres-Programms für diese Stadtteile festgeschrieben.

### *Einbindung in das Gesamtkonzept „Soziale Stadt“*

Natürlich binden wir uns als städtische Gesellschaft in ein Gesamtkonzept ein. Wir sind in das Programm „Soziale Stadt“ integriert. Darüber wurden viele Einzelmaßnahmen finanziert, so die Umgestaltung der Hauseingänge, die Umorganisation der Müllplätze, Verbesserungen der Außenanlagen. Es gibt eine Fülle von Einzelmaßnahmen.

Als kommunales Wohnungsunternehmen haben wir unsere Vertretung natürlich auch im Ausländerbeirat, im Stadtverband der ausländischen Vereine. Ebenso sind wir mit dem Büro für Internationale Beziehungen in der Stadt in Verbindung.

Eine Besonderheit in Rüsselsheim – und hier wird etwas deutlich, was den Unterschied von Gastarbeitern und Migranten ausmacht – waren die so genannten Opel-Wohnheime aus den 50er Jahren. Dort wohnten ursprünglich natürlich nur Männer, zuletzt etwa 200. Als Opel den Beschluss bekannt gab, diese Wohnungen abzureißen, gab es natürlich trotz der schlechten Wohnqualität Protest, der völlig überzogen war und an der Wirklichkeit vorbei ging. Die Heime sind mittlerweile leer gezogen. Wir haben die Bewohner gemeinsam mit Opel und mit Hilfe der Beratung von außen, der Neuen Wohnraumhilfe Darmstadt, dazu später noch etwas, im Rahmen unseres ganz normalen Vergabeprogramms und ohne großes Aufsehen untergebracht.

Ich habe Ihnen einen kurzen Überblick über das gegeben, was unser Unternehmen unter übergeordneten Maßnahmen versteht. Ich denke dabei wurde deutlich, dass wir uns als Teil einer Politik verstehen, die in der Stadt Rüsselsheim auf Integration hinwirkt. Als Beispiel: Es gab im letzten Jahr zwei Mitglieder des Magistrats, die den Auftrag hatten und diesen auch erfüllt haben, einen Bericht zu erstellen über Migranten in Rüsselsheim. In die Befragungen ist unser Unternehmen natürlich auch einbezogen gewesen. Es ist ein sehr lesenswerter Bericht, der im Grunde in die Richtung unserer Unternehmensphilosophie geht, nämlich: gar nicht viel Besonderes zu tun, vielmehr zu versuchen, durch alltägliche Arbeit, die allen Kunden bei uns zu Gute kommt, eine Integration zu erreichen. Noch einmal: Wir machen Angebote, wir gehen nicht besonders auf Migranten zu. Und diese Angebote werden nach unserer Erkenntnis und Beobachtung sehr gut genutzt.

### **Was machen wir im Einzelnen?**

#### *gewobau-Tag*

Wir veranstalten einen gewobau-Tag, eine Art Volksfest, das wir einmal im Jahr im großen Rahmen im Stil einer Kirmes organisieren mit Karussells, mit Bungee-Jumping und allem was dazu gehört. Die Veranstaltung ist im Wesentlichen kostenlos. Die Verköstigung der Besucher erfolgt – und das ist wichtig – ausschließlich durch kulturelle Vereine, seien es deutsche oder ausländische. Sie verkaufen an ihren Ständen ihre Spezialitäten. Dieses Angebot ist unser Versuch, etwas im Sinne von Integration außerhalb unserer eigenen Wohnanlagen für die gesamte Bevölkerung zu tun. Die Veranstaltung heißt „Fest der Kulturen“, und es kommen wirklich sehr viele Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur.

#### *Treuefeier*

Wir haben eine Treuefeier für unsere Mieter eingeführt. Wenn die Mieter 40 Jahre bei uns wohnen, werden sie kurz vor Weihnachten zu einem Fest bei uns eingeladen. Warum erwähne ich das? Wir haben sehr langjährige Mieter. Dazu gehört inzwischen auch die so genannte erste Generation der Gastarbeiter.

Sie sind 1959 nach Rüsselsheim gekommen. Von ihnen wohnen noch einige bei uns. Also wird auch hier eine Verbindung hergestellt, die zeigt, es gibt Bevölkerungskreise, die sich heute noch zu ihrem „Migrant sein“ im Grunde bekennen. Sie sind keine Deutschen geworden, aber sie werden bei uns genauso eingebunden wie jeder andere Mieter auch. Das hat auch ein wenig symbolische Bedeutung neben der Dankbarkeit, die wir natürlich unseren langjährigen Mietern zeigen wollen. Was gibt es Besseres als Mieter, die 40 Jahre lang pünktlich ihre Miete zahlen?

### *Spielwohnung*

Wir haben in einem der verdichteten Gebiete eine so genannte Spielwohnung eingerichtet. Dort werden Kinder betreut, deren Mütter außer Haus tätig sind bis hin zu einer Beschäftigung. Die Wohnung wird im Wesentlichen von uns unterhalten, die betreuende Gruppe hat sich selbst organisiert. Bei der immer erwähnten demographischen Entwicklung in unserem Land können Sie sich vorstellen, woher die Majorität der Kinder inzwischen kommt.

### *Wettbewerbe*

Jedes Jahr schreiben wir eine ganze Reihe von Wettbewerben für Kinder aus. Wir haben einen Wettbewerb „Mieterkunst“ gemacht, an dem auch Jugendliche beteiligt waren, die z. B. Masken gebastelt haben, die dann an den Häusern angebracht wurden. Wir haben einen Malwettbewerb für Kinder durchgeführt; wir haben einen Schreibwettbewerb für Kinder gemacht mit einer Prämierung, was übrigens auch über Schulen gefördert wird. Es sind selbstverständlich sowohl deutsche Kinder als auch Kinder aus Migrantenfamilien beteiligt.

### *Gestaltung von Treppenhäusern*

Des Weiteren gibt es das Projekt „Gestaltung der Treppenhäuser.“ Dieses Projekt hat sich inzwischen auch auf eine unserer Senioren-Wohnanlagen ausgedehnt.

Wir beraten unsere Mieter - dafür haben wir Mitarbeiter angestellt - und fragen nach ihren Vorstellungen zur Treppenhausgestaltung. Es wird dann zuerst einmal ein Konzept erstellt. Schließlich bekommen die Mieter wirklich einen Farbeimer in die Hand und setzen das Konzept selbstständig um. Also auch das ein Projekt zur Identifizierung mit dem Stadtteil, hier sicherlich mehr mit dem eigenen Wohnhaus. Es ist auch ein Projekt, um zwischen ausländischen Kindern, Jugendlichen und insbesondere älteren Deutschen Kontakt herzustellen und zu zeigen, dass diese Jugendlichen nicht nur die sind, die hier irgendwo auf dem Spielplatz rumlungern, sondern dass sie auch ganz praktische Tätigkeiten aufnehmen können, die sogar sehr hübsch sind.

### *„Taschengeld-Jobs“*

Ein anderes Projekt sind die „Taschengeld-Jobs“. Wir bezahlen einen Sozialarbeiter, der allerdings bei der Stadt angestellt ist. Dieser betreut Jugendliche, die schwer Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Diese Jugendlichen mit einem hohen Anteil von Migranten sind bei uns mit einem Minijob angestellt. Sie nehmen Reinigungsarbeiten in den Außenanlagen unserer Wohngebiete wahr. Das ist jedenfalls ihre ursprüngliche und ihre einzige Aufgabe, die wir ihnen gegeben haben. Das hat aber auch dazu geführt, dass z. B. Generationenkonflikte abgebaut werden. So haben etwa im heißen Sommer 2003 ältere Bewohner diesen Jugendlichen Getränke gebracht, weil „es ist doch so heiß ist und ihr hier tolle Arbeit macht.“ Das hat auch dazu geführt, dass Jugendliche auf ältere Menschen z. B. mit schweren

Einkaufstaschen zugehen und ihre Hilfe anbieten. Natürlich bekommen sie ihr Trinkgeld. Das ist ja auch in Ordnung.

Die „Taschengeld-Jobs“ sind unserer Überzeugung nach ein Weg, um zumindest zunächst einmal Zugang zu einer geregelten Arbeit zu finden. Wir haben ja gehört und wir wissen es alle, dass für Migranten der Ausbildungsweg ein eher schwieriger ist und viele eben zu der Gruppe gehören, die kaum Zugang zur Arbeitswelt findet. Von Dauer wird dieser Weg sicherlich nicht sein. Wir können diese Menschen nicht alle bei uns beschäftigen; aber ich denke, es ist besser, einen solchen Einstieg zu ermöglichen und den Problemen nicht gleichgültig gegenüber zu stehen. Übrigens sind wir bzw. die Teilnehmer am „Taschengeld-Job“ gerade prämiert worden. Es gibt in Rüsselsheim eine Eleonore-Kirchner-von-Opel-Stiftung ausschließlich zur Förderung von Projekten, in denen Jugendliche besondere Leistungen gezeigt haben. Das können ehrenamtliche ebenso wie berufliche Projekte sein. Von der Stiftung ist unser „Taschengeld-Projekt“ jetzt ausgezeichnet worden als eines von ca. sieben oder acht Projekten im letzten Jahr. Das Erfreuliche für uns war: unser Projekt war das einzige – das einzige!, an dem in überwiegender Zahl Migrantenkinder beteiligt waren. Wir fühlen uns bestätigt, dass unsere Maßnahme im Hinblick auf die Bevölkerung in Rüsselsheim wahrscheinlich die richtige ist.

### *Konfliktmanagement*

Wir haben des Weiteren ein Konfliktmanagement eingeführt. Zum einen arbeiten wir mit der Neuen Wohnraumhilfe in Darmstadt zusammen, die u. a. in Fällen von Nachbarschaftsstreitigkeiten oder Auffälligkeiten bei Mietzahlungen, sprich Mietschulden in unserem Auftrag als neutrale Stelle tätig wird. Es ist also eine vermittelnde Stelle. Zugleich haben wir unsere Mitarbeiter und Freiwillige auf dem Gebiet des Konfliktmanagements ausgebildet, um bei Konflikten durch Mediation nicht immer in die Auseinandersetzung Vermieter/Mieter zu kommen, sondern zunächst einmal zu versuchen, eine Lösung „unter Nachbarn“ zu finden. Diese Personen sind bekannt. Sie können angesprochen, aber auch von uns vermittelt werden.

### *Concierge-Logen*

Als konkrete Maßnahme im baulichen Bereich bzw. im Verwaltungsbereich haben wir im Stadtteil „Dicker Busch“ Concierge-Logen eingerichtet, die bis 22.00 Uhr besetzt sind. Einerseits ist dadurch eine ständige Ansprache gewährleistet, andererseits eine gewisse soziale Kontrolle und auch Hilfestellung bei ganz praktischen Aufgaben: Wo lasse ich meine Post hinkommen, wenn ich in den Urlaub fahre? Wer gießt mir die Blumen ... und ähnliches. Einen Teil dieser Leistungen als Hausmeister-Leistungen rechnen wir über Nebenkosten ab, einen Teil – Blumengießen – muss der Mieter natürlich selbst bezahlen. Zwar ist die Nachfrage nach solchen Diensten noch nicht groß. Aber wir sind optimistisch und haben inzwischen drei solche Logen eingerichtet.

### *Müllmanager*

Ein weiteres Problem, das immer wieder zu Konflikten führt, ist bekanntlich der Müll. Wir haben einen Müllmanager mit den Städtischen Betriebshöfen aufgebaut. Das heißt, wir betreuen, beraten und ändern u. a. auch durch Umsortieren von Mülltonnen. So entsteht hier ein erheblich besseres Verhalten mit der Folge, dass auch weniger Gefäße gebraucht werden. Das wiederum merken die Leute auch im Portemonnaie.

## *Gärten*

Wir bieten neben Mietergärten auch wohnungsferne Gärten an. Das heißt, wir vermitteln auf Freiflächen – wenn Sie so wollen - Schrebergärten. Ein sehr beliebtes Instrument, insbesondere bei Migranten-Familien.

## *Befragungen*

Sehr intensiv arbeiten wir mit dem Instrument Befragung. Wir starten gerade mit Hilfe von InWIS eine Wiederholung der Befragung von 2003, eine repräsentative Befragung unserer Mieter. Unabhängig davon gehen wir auch selbst Fragen nach, zum Beispiel, wie Wohnungen belegt werden sollen. Wir stimmen solche Frageaktionen mit der Neuen Wohnraumhilfe ab. So gehört in eine Vierraumwohnung natürlich eine Familie. Aber man kann zum Beispiel fragen: „Was meinen Sie denn? Besser eine Familie mit kleinen oder eine Familie mit etwas größeren Kindern?“ Die Frage Ausländer spielt dabei keine Rolle. Das würden wir auch nicht diskutieren wollen. Wichtig ist uns die Einbindung von Bewohnern bei Entscheidungen, die sie direkt betreffen, und ihre Wahrnehmung, dass sie nicht übergangen werden. Wir fragen natürlich auch etwas zur Hausreinigung. Das ist ein ewiges Thema und immer wieder ein Streitpunkt zwischen einzelnen Bewohnern. „Sollen wir umstellen auf einen Dienst?“ Das wird von uns immer dann angeregt, wenn es häufiger Beschwerden über die Hausreinigung gibt.

## *Ansprache in Schulen*

Als letzten Punkt möchte ich die Ansprache in Schulen erwähnen. Da ich auch Weiterbildungsmaßnahmen durchführe, habe ich ganz persönlich festgestellt, dass das Wissen über das Wohnen in Deutschland, auch über Wohnungsunternehmen sehr gering ist. Und es wird sehr schlecht vermittelt. Wir nutzen solche Aktionen wie die Schreibaktion, an der sich z. B. eine Klasse mit mehreren Teilnehmern beteiligt hat, um bewusst in die Schule zu gehen und über Wohnen, über Zusammenleben, über Wohnungsbaugesellschaften, über die Notwendigkeit, miteinander auszukommen, zu sprechen sowie über die Bedeutung des Wohnens in diesem Zusammenhang. Bei dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund können Sie sich vorstellen, wie in Rüsselsheim die Schulklassen besetzt sind. Also auch auf diesem Weg erreichen wir zukünftige Kunden, und es besteht darüber hinaus zumindest die Möglichkeit, einmal aus Sicht des Unternehmens darzustellen, wie wir uns das Zusammenleben in Wohnanlagen vorstellen.

## *Schlussbemerkung*

Diese Strategien der gewobau wollte ich Ihnen erläutern. Ich denke, unsere Stärke liegt darin, dass wir eingebunden sind in das städtische Gesamtkonzept. Und unsere Stärke liegt auch darin, dass wir nichts Besonders machen für Migranten, sondern dass wir eine breite Palette von Angeboten, Hilfen und Verbesserungsvorschlägen haben, die allgemein zu einer Verbesserung des Zusammenlebens führen. „Wohlfühlen beim Wohnen“ ist ein Stichwort, das wir immer wieder gern verwenden. Natürlich machen wir alles mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben zwei Tageszeitungen in Rüsselsheim, die häufig über uns berichten. Wer von Ihnen aus Hessen kommt, kennt vielleicht den gerade jetzt erschienenen großen Bericht, dass die gewobau 900 Balkone gesperrt hat, die baufällig sind. Das hat sogar bis zur dpa Aufmerksamkeit erregt. Aber auch hier zeigt sich, dass wir auf dem richtigen Weg sind mit unserer Unternehmensphilosophie. Es ist völlig unaufgeregt und sachlich berichtet worden.

Ich wäre dankbar, wenn ich von dem einen oder anderen von Ihnen aus dem Bereich Mieter mit Migrationshintergrund noch Anregungen bekäme. Die Anregungen aus der Wissenschaft vernehme ich immer gern. Ich hoffe, dass es auch gelingt, das eine oder andere bei uns im Unternehmen umzusetzen.

Armin Laschet

## Zum Stand der Integration Ziele und Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Schneider, sehr geehrter Herr Dr. Ridinger,  
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung zur gemeinsamen Tagung Ihrer beiden Verbände der Wohnungswirtschaft. Ich bin gern nach Köln gekommen, denn ich halte es für außerordentlich wichtig, dass sich Ihre Branche mit dem Thema Integration beschäftigt.

Welch große Rolle das Wohnumfeld für das Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen spielt, haben zuletzt die Unruhen in den französischen Vorstädten sehr deutlich gezeigt. Dort brannten im vergangenen Spätherbst 25.000 Autos. Angezündet wurden sie von Jugendlichen, viele von ihnen mit Zuwanderungsgeschichte, davon die meisten französische Staatsbürger.

Eine der Ursachen der Krawalle ist nach übereinstimmender Meinung der Experten die miserable Wohnsituation in den Vorstädten, die räumliche Auslagerung ganzer Bevölkerungsgruppen in bestimmte Bezirke ohne ausreichende Infrastruktur und ohne ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen.

*Es gibt auch in Deutschland besorgte Stimmen, die vor „französischen Verhältnissen“ warnen. Ist das realistisch?*

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Situation in unserem Nachbarland nicht eins zu eins nach Deutschland übertragbar ist. Dennoch ist es offenkundig: Es gibt auch bei uns deutliche Integrationshemmnisse bei Sprache, Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Das müssen wir offen ansprechen, und dagegen müssen wir etwas tun.

Allerdings ist die Situation der jungen Zugewanderten in Deutschland nicht so perspektivlos wie in vielen Städten Frankreichs, und unsere Stadtteile sind nicht in dem Ausmaß segregiert, wie es in den *banlieues* der Fall ist. Gleichwohl müssen uns die Unruhen in Frankreich Mahnung sein, alles zu tun, um die Integration kraftvoll voran zu bringen.

Ich bin da durchaus optimistisch. Die negative Einschätzung mancher Kommentare, denen zufolge Integration gescheitert sei, teile ich nicht.

Die Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf.

- Nach dem 11. September 2001,
- nach dem Beginn des zweiten Irakkrieges,
- nach den Terroranschlägen von Madrid und London,
- nach dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh

war in der Öffentlichkeit immer wieder die Angst zu spüren, dass es hier zu Unruhen bis hin zur Spaltung der Gesellschaft kommen würde. Wir können aber feststellen, dass die ausländische Bevölkerung im Allgemeinen und die islamische im Besonderen friedlich geblieben sind.

Das hat sich zuletzt auch im internationalen Karikaturenstreit gezeigt. Die Muslime, die bei uns leben, haben sich so gewehrt, wie es in einer Demokratie ihr gutes Recht ist: Sie haben ihre Betroffenheit in friedlichen Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. Sie haben damit zum wiederholten Male gezeigt, dass sie die demokratischen Regeln akzeptieren. Das sollten wir einmal festhalten und anerkennen. Diese Anerkennung schließt ja nicht aus, dass wir aufmerksam bleiben gegenüber den antidemokratischen Aktivitäten islamistischer und gewaltbereiter Minderheiten.

Ein weiterer Aspekt stimmt mich eher zuversichtlich:

Wir sind in Deutschland auf dem Weg zu einem zuwanderungs- und integrationspolitischen Konsens. Das ist mit Händen zu greifen. Es gibt heute eine gemeinsame Mitte, einen *common ground*, auf den wir uns in den vergangenen Jahren zu bewegt haben. Das war kein leichter Weg. Es gab Streit und heftige Debatten. Aber das war ein produktiver Konflikt, der uns voran gebracht hat.

Es hat eine zweifache unsanfte Konfrontation mit der Realität gegeben. Der konservative Teil der Gesellschaft hat - nicht ohne innere Widerstände - erkennen müssen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist: ein Einwanderungsland wie jedes andere hoch entwickelte Land der westlichen Welt auch.

Die Linke wiederum hat - gleichfalls nicht ohne innere Widerstände - erkennen müssen,

- dass Zuwanderung mehr Konflikte mit sich bringt als gedacht,
- dass Zuwanderung ohne Integration die Gesellschaft belastet,
- und dass Integration nicht nur eine Forderung an den Staat, sondern auch eine Forderung an jeden einzelnen Zuwanderer ist.

Zuwanderung ist Realität und Integration ist gemeinsame Verpflichtung: So kann man den sachlichen Konsens der politischen Lager benennen, der im Zuwanderungsgesetz nach langem, heftigen Streit seinen ersten sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Es steht keinesfalls im Widerspruch zu diesem Konsens, dass man über die konkrete Ausgestaltung von Zuwanderungs- und Integrationspolitik weiter streiten wird und streiten muss. Aber es ist jetzt eine Frage des 'Wie' und nicht mehr des 'Ob'. Und das ist ein beachtlicher Fortschritt.

## Das bundesweite Zuwanderungsgesetz

Mit dem Gesetz ist eine erste Antwort auf die Frage gegeben, die über der heutigen Veranstaltung steht: Integration – ja, wir sind auf einem guten Weg.

Denn: Die Richtung, die mit dem Zuwanderungsgesetz in Deutschland eingeschlagen worden ist, stimmt.

1. Es setzt auf möglichst frühe sprachliche Bildung aller Neuzuwanderer.
2. Es zielt darauf ab, dass sich die zu uns Kommenden mit Geschichte, Kultur und Verfassung unseres Landes auseinander setzen. Und:
3. Es schafft eine Balance zwischen dem Fördern und dem Fordern. Dabei geht es um ein verlässliches Unterstützungsangebot des Staates einerseits und um die aktive Integrationsanstrengung der Zugewanderten andererseits.

Diese Ausrichtung ist keine deutsche Besonderheit. Dieser Grundsatz wird seit langem in vielen Einwanderungsländern verfolgt. Es ist gut, dass wir uns die Erfahrungen anderer Länder zu Eigen gemacht

haben. Aber wir haben eine Menge Zeit verloren, da wir lange ein 'Einwanderungsland wider Willen' waren, wie es der amerikanische Migrationsforscher Prof. Philipp L. Martin genannt hat. Als selbstbewusstes Land hat Deutschland nun die Chance, konsequent den Weg der Integration zu gehen. Also: Die Richtung stimmt. Wir haben einen guten Weg eingeschlagen, sind aber noch lange nicht am Ziel.

## Das Integrationsministerium in NRW

Ich spreche heute als erster Integrationsminister eines deutschen Bundeslandes zu Ihnen. Das zeigt: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zählt die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben.

Als Ministerpräsident Rüttgers im Juli letzten Jahres das Programm der Landesregierung vorgestellt hat, bezeichnete er

- den Zusammenhalt der Generationen
- und das Gelingen der Integration

als "für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend". Deshalb hat er die Politikfelder Integration, Familie und demografischer Wandel in einem Ressort zusammengefasst, im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.

Mein Ministerium hat die Aufgabe, die Potenziale zu entwickeln, die in den Menschen liegen:

- in den Kindern und Jugendlichen,
- in den Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen, die noch lange nicht ausgeschöpft sind,
- im Zusammenhalt der Familien
- und in der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der zugewanderten Bevölkerung.

## Der demographische Wandel

wird häufig auf die populäre Kurzformel gebracht: Wie werden weniger, älter und bunter. Das heißt: Bei insgesamt abnehmenden Einwohnerzahlen wird der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte steigen. Denn: Die Zugewanderten sind durchschnittlich jünger und in ihren Familien kommen deutlich mehr Kinder zur Welt.

In Nordrhein-Westfalen leben schon heute rund 4 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger,

- die deutsche Staatsbürger mit ausländischer Herkunft sind,
- die ein Elternteil ausländischer Herkunft haben,
- die als Spätaussiedler zu uns gekommen sind
- oder die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Anders gesagt: Fast ein Viertel (23%) der Menschen zwischen Aachen und Bielefeld hat eine Zuwanderungsgeschichte.

## Querschnittpolitik für Integration in NRW

Die Zahlen unterstreichen es: Dass die Integration gelingt, ist nicht nur für die Zugewanderten von Bedeutung. Sondern: Es ist entscheidend für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Perspektive unseres Landes. Und deshalb gibt es zu einer konsequenten Integrationspolitik keine Alternative. Zuwanderung ohne systematische Integration wäre nicht einmal nur fahrlässig – nein, das wäre eine vorsätzlich falsche und schlechte Politik.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch betonen: Integrationspolitik ist kein Anhängsel der Innenpolitik, und sie ist mehr als Sozialpolitik.

Wer bei ‚Integration‘ reflexartig an ‚Fürsorge‘ denkt, der unterliegt gleich zwei Irrtümern.

- Zum einen spricht er dem Zuwanderer und der Zuwanderin die Fähigkeit und das Potenzial ab, durch eigene Arbeit, durch eigene Kraft und Initiative voran zu kommen.
- Zum anderen wird damit unterstellt, Integration funktioniere nur mit finanziellen Transferleistungen.

Richtig ist: Der Sozialstaat kann Integrationsprozesse auf vielfältige Weise unterstützen. Ob Integration wirklich gelingt, entscheidet sich letztlich aber woanders. Das entscheidet sich

- in der Familie,
- in der Schule,
- auf dem Arbeitsmarkt
- und im Zusammenleben in den Nachbarschaften, Stadtteilen und Gemeinden.

Integration ist also eine Querschnittsaufgabe, sie erstreckt sich auf alle staatlichen Ebenen und alle politischen Handlungsfelder.

### *MAG Integration*

Für eine solche übergreifende Politik braucht man Instrumente, und auch die hat die nordrhein-westfälische Landesregierung geschaffen. Sie hat eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, in der alle Ressorts zusammenarbeiten. In dieser Arbeitsgruppe wollen wir ein ganzheitliches Integrationskonzept entwickeln, in dem alle Beteiligten einem gemeinsamen integrationspolitischen Leitbild folgen.

Das heißt: das Familien- und das Schulministerium, das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Wirtschaftsministerium und das für Bauen und Stadtentwicklung zuständige Ressort stimmen sich eng miteinander und aufeinander ab.

### *Kontinuität der Integrationsoffensive*

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine ideologiefreie Integrationspolitik betreiben, die pragmatisch ist und sich an der Lebenswirklichkeit orientiert. So hatten es alle Fraktionen des Landtags bereits im Jahr 2001 in ihrer gemeinsamen Integrationsoffensive formuliert. Dieser parteienübergreifende Konsens, der damals von der CDU angestoßen worden war, ist ausdrücklich Grundlage der Regierungspolitik in Sachen Integration.

### *Sprache als Schlüssel*

Die Integration soll gelingen – das ist unverzichtbar, und der Schlüssel dazu ist die Sprache.

- Das gilt für die Menschen, die neu zu uns kommen,
- und das gilt für die Kinder und Jugendlichen, die in Zuwandererfamilien aufwachsen.

Für die Neuzuwanderer hat das Zuwanderungsgesetz die Grundlage für eine systematische Sprachförderung geschaffen. Ich hoffe, dass das letztes Jahr in Kraft getretene Gesetz die hochgesteckten Erwartungen erfüllt. Für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, die hier aufwachsen, intensivieren wir die Sprachförderung schon im Vorschulalter. So haben wir im Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 die Mittel für die vorschulische Sprachförderung von 8,1 Mio. € auf nunmehr 15,7 Mio. € nahezu verdoppelt.

Dass wir damit auf dem richtigen Weg sind, hat gerade erst die Inspektion des UNO-Sonderberichtserstatters Munoz in Deutschland gezeigt. Denn auch der Experte der Vereinten Nationen hat betont: Bildung und insbesondere Sprachförderung im Kindergarten stellen die Weichen für den Erfolg in der ganzen Bildungslaufbahn. Um gezielt und rechtzeitig fördern zu können, werden wir in Nordrhein-Westfalen ein Verfahren der Sprachstandsmessung bei 4-Jährigen einführen. Darauf wird eine kindgerechte Sprachförderung aufbauen.

### *Dialog mit dem Islam*

Bei der Sprachförderung haben wir großen Nachholbedarf, denn hier ist zu lange nicht systematisch gearbeitet worden. Und auch ein anderes wichtiges Thema wurde viel zu lange außer Acht gelassen: die religiöse Dimension von Zuwanderung und Integration. Erst durch die Diskussionen um den internationalen Terrorismus, der die islamische Religion instrumentalisiert und bewusst falsch auslegt, ist auch hier eine breite gesellschaftliche Debatte darüber entstanden, dass Millionen Muslime in unserer Mitte leben.

Bezeichnend ist zum Beispiel, dass 40 Jahre nach dem Zuwanderungsvertrag mit der Türkei in der Stadt Köln mit ihren rund 100.000 muslimischen Einwohnern bis heute keine repräsentative Moschee mit Minarett existiert. Das gleiche gilt für den Religionsunterricht. Bis heute gibt es in keinem Bundesland einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht im Sinne von Art.7 Abs.3 des Grundgesetzes.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Voraussetzungen dafür bis zum Ende dieser Legislaturperiode, also bis zum Jahre 2010, zu schaffen. Bis dahin wollen wir an den Schulen unseres Landes einen Religionsunterricht in deutscher Sprache ermöglichen, der von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht gehalten wird. Deshalb beschäftigt sich die soeben erwähnte interministerielle Arbeitsgruppe auch damit, wie der Dialog mit den Muslimen in Nordrhein-Westfalen verbessert werden kann. Wir wollen, dass der Islam endgültig hier ankommt und dass er nicht zwangsläufig die ethnisch-kulturelle Standleitung zum Herkunftsland ist.

### **Wohnen im Zusammenhang mit Bildung und Arbeit**

Wie sich Integration vollzieht, ob sie gelingt oder scheitert, das entscheidet sich im Alltag der Zugewanderten und der Einheimischen. Und dieses alltägliche Leben spielt sich im Wohnumfeld in unseren Städten und Stadtteilen ab.

## *Wohnen*

Wie Zugewanderte und Einheimische in Deutschland wohnen, das wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung regelmäßig untersucht. Dabei wurde zum Beispiel festgestellt:

- Von 1988 bis 2002 ist der Anteil der Einheimischen, die in Wohneigentum wohnen, von 49,3% auf 53,6% gestiegen.
- Im selben Zeitraum hat sich die Eigentumsquote bei den Ausländern aus Europäischen Union und den westlichen Industrieländern von 23,6% auf 46,9% verdoppelt,
- und bei den Menschen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien sogar von 7,4% auf 22,9% verdreifacht.

Der Abstand beim Wohneigentum hat sich also deutlich verringert.

- Gleichzeitig hat sich allerdings die Wohnfläche pro Kopf bei der alteingesessenen Bevölkerung stärker erhöht - von 39,2 qm<sup>2</sup> auf 46,3 qm<sup>2</sup> -
- als bei den türkischen und jugoslawischen Familien. Hier liegt die Wohnfläche pro Kopf mit 24,4 qm<sup>2</sup> im Jahr 2002 nach wie vor sehr deutlich unter der Versorgung der deutschen Haushalte.

So ist es auch nicht überraschend,

- dass in Westdeutschland lediglich für 5% der alteingesessenen Bevölkerung „beengte Wohnverhältnisse“ zu verzeichnen sind, während 50% der türkischen und aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Familien mit beengten Wohnverhältnissen auskommen müssen.

Eine weitere Kennziffer sei genannt:

- Die Brutto-Kaltmiete der alteingesessenen Haushalte in Westdeutschland machte im Jahr 2002 25,6% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aus.
- Die Brutto-Kaltmiete von türkischen Haushalten lag mit 26,2% des Haushaltseinkommens nur unwesentlich darüber.
- Im Jahre 1988 hatte hingegen der Mietanteil am Haushaltsnettoeinkommen in den türkischen Familien noch deutlich unter dem der alteingesessenen Haushalte gelegen.

Das Fazit aus diesen Zahlen ist klar:

- Der Zuwachs bei der Schaffung von Wohneigentum spricht für den Willen der Zugewanderten, auf Dauer hier zu bleiben und sich hier zu integrieren.
- Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person steigt zwar, aber offensichtlich wird diese Entwicklung von der finanziellen Belastung der Haushalte gebremst.

## *Arbeit und Bildung*

Das heißt: Die Wohnsituation muss im Zusammenhang mit der ökonomischen Situation der Zugewanderten betrachtet werden. Und da haben wir es bekanntlich mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit zu tun. Ende Februar 2006 lag die ausländer-spezifische Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen bei besorgniserregenden 30,0%. Das ist weit mehr als das Doppelte des Landesdurchschnitts von 13,6%. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit und vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit unter Zugewanderten abzubauen, dann wird sich auch die Wohnsituation dieser Bevölkerungsgruppe nicht verbessern.

Und es werden nur dann mehr Zugewanderte in Arbeit kommen, wenn wir in der schulischen und in der beruflichen Ausbildung junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu besseren Ergebnissen kommen. Denn: Geringe berufliche Qualifizierung mindert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und leider haben tendenziell immer weniger junge Ausländer und Aussiedler eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Aufgabe ist also klar. Sie lautet: Bildung fördern und für Bildung werben. Und diese Aufgabe stellt sich nicht nur dem Staat, sondern der ganzen Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Handwerk.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, Bildungsdefizite auszugleichen. Denn das ist im Interesse aller:

- im Interesse der Wirtschaft, die Fachkräfte braucht,
- im Interesse der öffentlichen Hand, die bei den Sozialleistungen an ihre Grenzen kommt,
- und im gesamtgesellschaftlichen Interesse einer gelingenden Integration.

### Die stadträumliche Dimension der Integration

Schauplatz der Integration sind seit jeher die Städte. Hier begegnen sich die verschiedenen gesellschaftlicher Gruppen, Kulturen und Ethnien. Man könnte die Stadt eine 'Integrationsmaschine' nennen. Allerdings ist der Motor dieser Maschine ins Stottern geraten. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel ist Sand ins Getriebe gekommen. Leerstände in Gewerberäumen, im Wohnbereich und in Ladenlokalen prägen das Bild in manchen Zentren und besonders in bestimmten Stadtteilen. Die Lebensbedingungen driften in vielen Städten auseinander.

Ob unsere Städte Zukunft haben, das hängt in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung und von Faktoren wie technologischer Innovationskraft ab. Aber: Nicht nur die ökonomische Größen zählen. Maßgeblich für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und unserer Städte ist auch das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Das heißt: Die Integrationspolitik und die Stadtentwicklungspolitik verfolgen dieselben Ziele. Integrationspolitik muss stärker als bisher sozialräumlich, stadträumlich denken. Und Stadtentwicklungspolitik muss sich ihrer integrationspolitischen Verantwortung stärker bewusst werden.

Diesen Zusammenhang hat jetzt die Veröffentlichung "Zuwanderer in der Stadt" betont, die von der Schader-Stiftung herausgegeben wurde und an der auch Ihr Dachverband, der Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, mitgearbeitet hat.

Wie Zugewanderte heute in unseren Städten leben, das hat sich über Jahrzehnte entwickelt. Es würde also zu kurz greifen, die heutige Situationen einseitig als Ausdruck eines sich Abwendens von der Mehrheitsgesellschaft zu deuten. Denn: Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben sich nicht immer ausgesucht, wo und wie sie wohnen. Was bezahlbar und welcher Wohnraum verfügbar ist - das sind vor allem für Zuwanderer entscheidende Kriterien bei der Wohnungssuche.

Hinzu kommt: Die ethnische Kolonie ist nicht immer negativ zu sehen, sie ist nicht immer das Ghetto, als das es vielleicht vorschnell empfunden wird. So sieht das auch die Wissenschaft, die internationale Migrationsoziologie. Die 'Kolonie' hat viele unterstützende Strukturen, die gerade Neuzuwanderern die Eingliederung erleichtern.

Erst wenn sich soziale Randlage und ethnische Minderheitenzugehörigkeit überlagern, so dass die Bewohner nicht mehr in andere Stadtgebiete umziehen könnten - erst dann kann von einer Ghetto-

Situation gesprochen werden. Nach dieser Definition haben wir in Nordrhein-Westfalen faktisch keine Getto-Situation. Gleichwohl gibt es zahlreiche Kolonien oder Nachbarschaften mit erheblichen sozialen Problemlagen. Der Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, Prof. Klaus Peter Strohmeier, hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: Dort, wo die meisten Ausländer leben, leben auch die meisten Kinder und die meisten armen Leute.

Wenn wir das ins Verhältnis setzen zur demografischen Prognose vom 'älter, weniger und bunter' wird überdeutlich: Gerade in den Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil steht vieles auf dem Spiel. Die Integrationspolitik von Land und Kommunen muss deshalb darauf ausgerichtet sein, dass die stadträumliche Segregation der Zuwanderer nicht zu einer dauerhaften gesellschaftlichen Ausgrenzung führt. Diese Segregation hängt nicht nur von der ethnischen Herkunft, sondern auch vom Einkommen ab. Sie wird daher nicht völlig zu überwinden sein. Was uns aber gelingen muss: ein Kippen der sozialen Verhältnisse hin zu Armutsgghettos zu verhindern.

## Das Handlungsprogramm „Soziale Stadt Nordrhein-Westfalen“

Es ist die Antwort der Landesregierung auf die Herausforderungen in Stadtquartieren, in denen sich gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und städtebauliche Probleme konzentrieren. Ziel dieses Programms ist, die Abwärtsspirale in schwierigen Stadtteilen zu stoppen und die Lebensverhältnisse der Menschen in einem umfassenden Sinn zu stabilisieren.

Schon der Name "Soziale Stadt" macht deutlich: Um Stadtteile, die Probleme haben, kümmern wir uns auch besonders. Zusammen mit den Kommunen tragen wir dem Gedanken einer solidarischen Stadt Rechnung.

Strategien und Maßnahmen für die Programmgebiete werden nicht als Insellösungen konzipiert. Sie sind Bestandteile von Entwicklungsprozessen mit einem gesamtstädtischen Leitbild.

- Städtebauliche und wohnungspolitische Maßnahmen helfen in diesem integrierten Ansatz
- ebenso wie wirtschafts-, arbeitsmarkt-, bildungs-, umwelt- und eben integrationspolitische Maßnahmen

bei der Stabilisierung dieser Stadtquartiere.

Das ist der richtige Weg, um Parallelgesellschaften nachhaltig zu verhindern. Und nur auf diesem Weg können wir Entwicklungen wie in den französischen Vorstädten verhindern.

## Schlussbemerkung

Das Programm "Soziale Stadt" ist ein Baustein des ganzheitlichen Integrationsansatzes der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Zur gelungenen Integration brauchen wir Projekte und Fördergelder - und wir brauchen mehr als das. Es bedarf auch einer gemeinsamen Anstrengung für einen gemeinsamen Entwurf des Zusammenlebens. Ausgehend von den nicht verhandelbaren Normen unserer Verfassung müssen wir alle, Zugewanderte und Alteingesessene, diesen Entwurf erarbeiten.

Ich nenne diesen Prozess die Entwicklung einer gemeinsamen Leitkultur. Das heißt, es geht nicht darum, die Zugewanderten einseitig auf etwas zu verpflichten. Nein, es geht darum, auf gleicher Augenhöhe darüber zu sprechen,

- wie in gegenseitiger Achtung,
- in gegenseitigem Respekt
- und bei gegenseitiger Rücksichtnahme

die Standards einer ihrer selbst bewussten multikulturellen Gesellschaft definiert werden können. Diese Arbeit an der gemeinsamen Leitkultur soll auf vielen Ebenen stattfinden: in der Nachbarschaft, in der Schulgemeinde, in der Stadt, auf der Landes- und auf der Bundesebene.

Ich würde mich freuen, wenn Sie in Ihrem Verantwortungsbereich tatkräftig daran mitwirkten, dass es zu einer solchen Verständigung kommt. Denn wir brauchen eine Verständigung, in der die Zugewanderten ernst genommen und anerkannt, bei der sie andererseits aber auch gefordert werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Tülin Kabis-Staubach

## Erfahrungsbericht

### Stand der Integration in Wohnungsunternehmen - Ergebnisse einer Befragung von Wohnungsunternehmen in NRW und Empfehlungen für eine effektive Integrationspolitik

Meine Damen und Herren,

Meine Ausführungen basieren auf den Ergebnissen einer Befragung, die der Planerladen in Kooperation mit dem VdW Rheinland Westfalen bei Wohnungsunternehmen durchgeführt haben. Die Ergebnisse der Befragung werde ich ihnen am Ende meines Vortrages präsentieren. Ich möchte ihnen an dieser Stelle kurz den Planerladen e. V., Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit e.V. vorstellen, den es mittlerweile in Dortmund seit 25 Jahren gibt. Ziel des Planerladens ist die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Handlungsfelder des Planerladens sind:

- Zusammenleben im Stadtteil,
- Migration, Integration im Wohnbereich,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- Sozialberatung,
- Wohnumfeld und Stadtgestaltung,
- Quartiersmanagement.

Die angesprochene Befragung hat der Planerladen im Rahmen seines Integrationsprojektes im Wohnbereich durchgeführt. Dieses Projekt startete 1997 als Modellprojekt. Das Projekt wird gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, damals Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Es ist als Antwort auf Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu verstehen. Derzeit werden mit diesem Schwerpunkt weitere vier Projekte im Land NRW gefördert. Die Projektträger haben sich im Netzwerk „NRW gegen Diskriminierung“ zusammengeschlossen.

Zusammengefasst sind die Bausteine dieses Projektes:

- Eine systematische Bestandsaufnahme, z.B. durch Interviews mit Wohnungspolitik und -wirtschaft, Analysen von Wohnsiedlungen, Recherche zur Eigentumsbildung von Migranten;
- Die Entwicklung und Erprobung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Beratung;
- Beiträge zur Fachdiskussion, z.B. durch Veranstaltung von Tagungen und Workshops sowie Dokumentation unserer Arbeit.

## Wohnungsversorgung von Migranten

*Was hat unsere bisherige Arbeit gezeigt?*

Wir können zwar eine deutliche Aufholentwicklung feststellen was den Vergleich zur deutschen Bevölkerung angeht, aber die Migranten haben nach wie vor eine durchschnittlich schlechtere Ausstattung der Wohnungen, weniger Räume und Wohnfläche, müssen eine höhere Miete für gleiche oder weniger Qualität („Ausländerzuschläge“) zahlen und haben geringere Wohnsicherheit. Darüber hinaus werden den Migranten oftmals bessere Wohngegenden vorenthalten. Schon 2001 hat das DIW, Berlin, festgestellt: „Ausländer sind am Wohnungsmarkt (...) benachteiligt, weil sie Ausländer sind.“

## Migranten als Mieter und Eigentümer

*Haushalte nach Eigentümerstruktur der Wohneinheit in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) im Jahr 2002 (Angaben in Prozent)*

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Haushalte insgesamt in Tsd.	Hauptmieter	Eigentümer
Alle	35.873	55,5	42,2
Deutsch	33.956	54,1	43,7
Nichtdeutsch	1.917	80,6	15,5

Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass der Anteil der Mieter bei den Migranten mit 80% wesentlich höher ist als bei der einheimischen deutschen Bevölkerung mit 54%. Das ist vor allem für die Wohnungswirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung von Nachbarschaften und Kundenbetreuung interessant.

### Anstöße zum Dialog



Nach einem Jahr Projektarbeit haben wir eine Tagung „Migranten im Stadtteil“ durchgeführt. 1999 hat der Planerladen als Zwischenergebnis seiner Arbeit eine Dokumentation vorgelegt, die Fragen der Integrationsarbeit auch unter dem Aspekt der Diskriminierung beleuchtet.

Im Jahr 2000 haben wir den Schwerpunkt unserer Arbeit auf Stadtteile mit niedrigem Ausländeranteil gelegt. Hintergrund war unsere im Jahr 1999 intensiv geführte Diskussion auf verschiedenen Ebenen über die Quotierung im Sozialen Wohnungsbau. Diese Diskussion warf die Frage auf, wie Konzentration von Migranten entsteht, ob durch frei gewählte Segregation oder durch erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt.

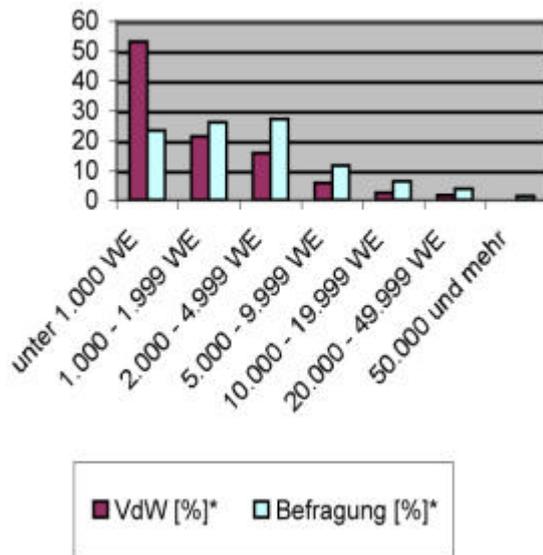
In diesem Zusammenhang haben wir Plakataktionen in den entsprechenden Stadtteilen durchgeführt und auch Zeitungsanzeigen geschaltet mit dem Tenor: „Wir haben nichts gegen Ausländer – Willkommen in....“

2003 und 2005 haben wir Expertenworkshops organisiert zu den Themen „Diskriminierung im Wohnbereich bekämpfen – Freizügigkeit von Migranten sichern“ und „Migranten auf dem Wohnungsmarkt – sind Belegungsstrategien mit dem Grundsatz der Freizügigkeit zu vereinbaren?“ Dieses Thema wurde Grundlage für die vom VdW unterstützte schriftliche Befragung, die ohne den Verband nicht zu Stande gekommen wäre. Befragt wurden 475 Wohnungsunternehmen zu folgenden Schwerpunkten:

- Wie nimmt die Wohnungswirtschaft Migranten als „Kunden“ wahr?
- Wie stellt sie sich auf die Anforderungen von Zuwanderung ein?
- Welcher Perspektivenwechsel wird ihr dabei abverlangt?

## Anmerkungen zur Untersuchungsmethodik

Die Rücklaufquote der befragten Unternehmen betrug 17,5%. Damit haben die Ergebnisse durchaus repräsentativen Charakter. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es sich um überwiegend ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit überdurchschnittlichem Anteil von Migranten in den Beständen handelt. Bei der Auswertung der Antworten fällt darüber hinaus ein hoher Grad an Subjektivität auf. Da vorwiegend mittlere und größere Unternehmen geantwortet haben, ergibt sich auch eine eingeschränkte Generalisierbarkeit.



## Ergebnisse im Überblick

### Wie viele Wohneinheiten werden von Migranten bewohnt?

Aus den Antworten geht hervor, dass die Quote zwischen 11% und 21% liegt, in der Spitze bis über 50%. Dabei muss man berücksichtigen, dass Spätaussiedler und bereits Eingebürgerte nicht erfasst sind.

Anteil der von Migranten bewohnten Wohneinheiten	Nennungen
Bis 11%	14 (21,5%)
<b>11% bis unter 21%</b>	<b>21 (32,3%)</b>
21% bis unter 30%	15 (23,1%)
31% bis unter 40%	12 (18,5%)
40% bis unter 50%	1 (1,5%)
50% und mehr	2 (3,1%)
	65 (100%)*

### Wie nehmen Sie den Anteil von Migranten in Ihrem Bestand wahr?

Hier zeigt sich, dass der wahrgenommene („gefühlte“) Migrantenanteil bei durchschnittlich bis leicht erhöht liegt.

Bitte nennen Sie die drei am häufigsten vertretenen Ethnien in Ihrem Bestand?

Die meisten Nennungen fallen mit 72% auf Migranten türkischer Herkunft und, fast gleichauf, mit 68% auf Migranten aus Osteuropa und Russland.

Wie nehmen Sie Migranten als Mieter/Käufer wahr, im Vergleich zu Ihren deutschen Mietern/Käufern?

Wahrgenommene Abweichung	eher in Richtung	eher keine	eher in Richtung	Wahrgenommene Abweichung
Unkompliziert			X	Schwierig
Genügsam		X		Anspruchsvoll
Zurückhaltend			X	Fordernd
Unbekümmert		X		Ängstlich
Informiert		X		Nicht informiert

Zu konstatieren sind einerseits eher keine Unterschiede, andererseits werden Migranten im Vergleich zu einheimischen Deutschen tendenziell eher als eine schwierigere Kundengruppe wahrgenommen.

Welche Unterschiede zu Ihren deutschen Mietern/Käufern sehen Sie bei Migranten?

Thema	Weicht eher ab	Weicht eher nicht ab
Haushaltsgröße	X	
Standortwunsch		X
Wohn-/ Lebensweise	X	
Wohndauer		X
Eigenschaften des Wohnraums		X

Im Hinblick auf die Eigenschaften des nachgefragten Wohnraums werden nur geringe Abweichungen festgestellt, Abweichungen betreffen vor allem Haushaltsgröße sowie Wohn- und Lebensweise.

Welche spezifischen Eigenschaften von Migranten können im Kundenverhältnis zu Problemen führen?

Thema	Führt eher zu Problemen	Führt eher nicht zu Problemen	Antworten uneinheitlich
Mentalität und Kultur	X		
Sprache	X		
Einhaltung von Regeln	X		
Lautstärke und Lärm	X		
Zahlungsmoral		X	

<b>Thema</b>	<b>Führt eher zu Problemen</b>	<b>Führt eher nicht zu Problemen</b>	<b>Antworten uneinheitlich</b>
<b>Besondere Wohnansprüche und -wünsche</b>		<b>X</b>	
<b>Ordnung und Sauberkeit</b>			<b>X</b>
<b>Religion</b>			<b>X</b>

Insgesamt sehen die Unternehmen keine im engeren Sinne wohnungswirtschaftlichen Probleme mit Migranten als „Mieter“ vor allem was Zahlungsmoral und besondere Wohnansprüche, bzw. -wünsche angeht. Anders sieht das bei Mentalität und Kultur, Sprache, Einhaltung von Regeln und Lärm aus.

*Stellen Migranten für Sie keine besondere oder eine sehr spezifische Kundengruppe dar, die besonderer Formen der Kommunikation bedarf?*

<b>Migranten als besondere Kundengruppe</b>	<b>Nennungen</b>
<b>keine besondere Kundengruppe</b>	<b>0</b>
<b>-5</b>	<b>0</b>
<b>-4</b>	<b>0</b>
<b>-3</b>	<b>2</b>
<b>-2</b>	<b>1</b>
<b>-1</b>	<b>2</b>
<b>0</b>	<b>5</b>
<b>+1</b>	<b>15</b>
<b>+2</b>	<b>27</b>
<b>+3</b>	<b>12</b>
<b>+4</b>	<b>8</b>
<b>+5</b>	<b>3</b>
<b>sehr spezifische Kundengruppe</b>	

Tab.: Gewichtung von Migranten als „besondere Kundengruppe“  
(\* darüber hinaus ohne Antwort: 2 Unternehmen)

Aus den Antworten geht hervor, dass für eine große Zahl der Unternehmen Migranten durchaus eine spezifische Kundengruppe sind, für die es besonderer Formen der Kommunikation bedarf.

Was tun Sie, um der Besonderheit der Kundengruppe der Migranten gerecht zu werden?

<b>Maßnahmen und Projekte um der Kundengruppe der Migranten gerecht zu werden</b>	<b>Nennungen (N=77)</b>
Übersetzungen von Schriftstücken	47 (61%)
Einsatz von Mitarbeitern, die im Umgang mit Migranten besonders geschult sind	10 (13%)
Einsatz von Mitarbeitern, die selbst Migranten sind	25 (32%)
Fallweiser Einsatz von Dolmetschern	25 (32%)
Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die zum friedlichen Zusammenleben in Nachbarschaften beitragen	27 (35%) (davon 18 als Betreiber/Initiator und 19 als Unterstützer)*
Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen und Projekten zur Konfliktvermeidung und Konfliktvorbeugung	18 (23%) (davon 13 als Betreiber/Initiator und 7 als Unterstützer)*

Es zeigt sich, dass sich die Wohnungswirtschaft schrittweise auf Migranten als Kunden einstellt. Aus der Tabelle geht hervor, welche Maßnahmen ergriffen werden. Interessant ist die Antwort auf die Frage nach der Übersetzung von Schriftstücken. Die Antwort vieler Unternehmen: „Auf keinen Fall, wir setzen auf Integration!“

*Vertiefende Frage zur Anwendung besonderer Belegungspraktiken*

<b>Belegungspraxis</b>	<b>Nennungen* (N=77)</b>
Keine besondere Belegungspraxis	6 (8%)
Formalisierte Belegungspraktiken (z.B. Quotierungen)	18 (23%)
<b>Informell etablierte Belegungspraktiken</b>	<b>40 (52%)</b>
<b>Belegung je nach Einzelfall</b>	<b>48 (62%)</b>
Ausschließlich Belegung nach Einzelfall	14 (18%)

<b>Belegungspraxis</b>	<b>Nennungen* (N=77)</b>
Formalisierte Belegungspraktiken <u>und</u> informell etablierte Belegungspraktiken	6 (8%)
Formalisierte Belegungspraktiken <u>und</u> Belegung je nach Einzelfall	18 (23%)
<b>Informell etablierte Belegungspraktiken <u>und</u> Belegung je nach Einzelfall</b>	<b>24 (31%)</b>
Ohne Antwort	4 (5%)

Tab.: Anwendung besonderer Belegungspraktiken  
(\* Mehrfachnennungen waren möglich)

Aus der Beantwortung dieser Fragestellung lässt sich ableiten, dass die Spannbreite der Maßnahmen relativ groß ist und zugleich ein erhebliches Maß an Unsicherheit hinsichtlich deren Effektivität und Treffsicherheit besteht. Vielfach wird eine informelle Belegungspraxis bzw. eine nach Einzelfall praktiziert.

### Vertiefung durch Telefonnachfrage

Nach der schriftlichen Befragung und der Auswertung der Ergebnisse haben wir eine telefonische Nachfrage bei 14 ausgewählten Unternehmen durchgeführt, die in dem Fragebogen substantielle Angaben zu ihrer Belegungspraxis gemacht haben. Diese telefonische Nachfrage werden wir auch in diesem Jahr fortführen. Folgende Fragen wurden gestellt:

- Können Sie Ihre Belegungspraktik (z.B. Quotierung) näher erläutern?
- Wie ist Ihre Praktik bzw. Strategie zustande gekommen?
- Gibt es eine Offenlegung oder explizite Formulierung Ihrer Belegungspraktik bzw. eine Rückkopplung mit Mieterorganen?
- Können Sie Erfolge/Misserfolge bewerten?

Die Antworten dazu ergeben folgendes Bild:

- Alle befragten Unternehmen demonstrieren erkennbar ein Problembewusstsein hinsichtlich der Belegung mit Migranten und Fragen der Durchmischung und Quotierung;
- Ethnie gibt nie allein den Ausschlag für Zu-/Absage, sondern Mieterpersönlichkeit, Bonität, Haushaltsgröße;
- Ziel sind erklärtermaßen konfliktfreie Nachbarschaften; dabei wird eine „vernünftige“ oder „passende“ Mischung angestrebt;
- Orientierung erfolgt an deutschstämmigen Bestandsmietern, die nicht mit („zu vielen“) Migranten zusammenleben wollen (insb. Genossenschaften);
- Belegungspraktiken/Quoten gründen auf den Erfahrungen mit Migrantenmietern (*Trial-and-Error*);
- „Kippen“ von Objekten im Sinne der Ausgrenzung anderer Mieter durch „Familienclans“ oder ethnisch homogene Gruppen soll verhindert werden;
- Bestimmte Bestände dienen als Auffangbecken. Dagegen sollen konfliktfreie Bestände vor „Problemietern“ (häufig gemeint Migranten) geschützt werden.
- Ethnisch homogene / freiwillig segregierte Bestände werden teils unproblematischer als (zwangsweise) gemischte Bereiche angesehen;
- Quoten oder Belegungspraktik sind in der Regel nirgends festgeschrieben;
- Benannte Quoten sollen nur als „Faustregeln“ für Kundenbetreuer gelten, Wohnungsvergabe erfolgt stets mit Blick auf den Einzelfall;

- Überprüfung/Rückkopplung ist kaum möglich, da die Zielvorgaben zu unscharf gefasst sind.

## Ein Perspektivwechsel steht an

Was heißt das für die Wohnungswirtschaft? Das heißt unter anderem

- Von alten Leitbildern Abschied nehmen;
- Migranten nicht als monolithischen Block ansehen;
- Vielfalt gestalten;
- Differenzierende statt generalisierende Belegungsformeln anerkennen;
- Als Integrationsmodus Konflikte austragen statt Konflikte vermeiden;
- Überprüfbare Kriterien für die sog. „sozial-sensible Mischung“ durch die Unternehmen festlegen und offen legen.

Die Wohnungswirtschaft muss auf die zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt ihrer Mieterschaft mit einer Diversifizierung ihrer Strukturen reagieren.

## Klarstellungen zur Quotierung

Im Rahmen des Projektes haben wir uns intensiv mit der Quotierung und mit Belegungsstrukturen auseinandergesetzt. Daraus haben sich für uns folgende Feststellungen ergeben:

- Die Quoten kommen einem Zuzugsstopp für Migranten gleich! Sie schränken die Freizügigkeit der Migranten ein, sind daher gesetzeswidrig;
- Die Reichweite der Steuerungsversuche wird von den Akteuren als sehr gering eingeschätzt; Der Zugang zu Sozialwohnungen ist für betroffene Migranten oft die einzige Chance, um adäquaten Wohnraum zu erhalten;
- Die Quotierung wird von den Migranten als negatives Signal aufgenommen, das ihre Integration hemmt.

Die Quotierung stellt faktisch eine Diskriminierung dar, weil die Nationalität eines Menschen zur Ursache des Problems gemacht wird.

## Empfehlungen für eine effektive Integrationspolitik

Integrationspolitik hat verschiedene Aspekte, ein Aspekt betrifft Integration als gesamtstädtische Strategie. Was kann das heißen?

- Segregation als Realität und Normalität städtischer Sozialräume zur Kenntnis nehmen;
- Menschenrechte und Antidiskriminierung als Maxime der kommunalen Politik sehen;
- Leitbild für eine interkulturelle Orientierung der Stadtpolitik (partizipativ-diskursiv-konsensorientiert) entwickeln;
- Politik der Anerkennung und des Managements von Vielfalt in gegenseitigem Respekt vertreten;
- Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe sehen;
- Interkulturelle Öffnung aller Dienste und Einrichtungen einführen;
- Vertretung von Migranten in den Institutionen stärken.

Zu den Leistungen gesamtstädtischer Strategien gehört auch

- Anerkennung relevanter Integrationsleistungen, die von benachteiligten Stadtteilen erbracht werden; Stadtreptionaler Konsens bei der Verteilung von Integrationslasten und einer Politik des sozialen Ausgleichs;
- Gesamtstädtisches bzw. regionales *Monitoring* der Entwicklungen in Nachbarschaften, um treffsichere Maßnahmen einleiten zu können ;
- Entschiedenenes Entgegenreten bei Diskriminierung und bei *NIMBY*-Tendenzen;
- symbolische Repräsentanz von Migrantengruppen im Stadtraum (Moscheebauten).

## Integrationspolitik als Stadtteilstrategie

Welche Maßnahmen sind dazu anzusprechen? Zum Beispiel

- Quartiersmanagement zum Aufbau bewohnergetragener Strukturen;
- Konfliktvermittlung im Nachbarschaftsbereich;
- Interkulturelle Dialogprozesse mit professioneller Moderation;
- Stärkung von Nachbarschaften durch Delegation von Entscheidungen (z. B. bei Quartiersfonds);
- Unterstützung von Schulen als Orte der Integration;
- Förderung ethnischer Ökonomie.

Diese Punkte sind mehr als eine Aufzählung. Sie zeigen Wege, die eine erfolgreiche Integrationspolitik gehen muss.

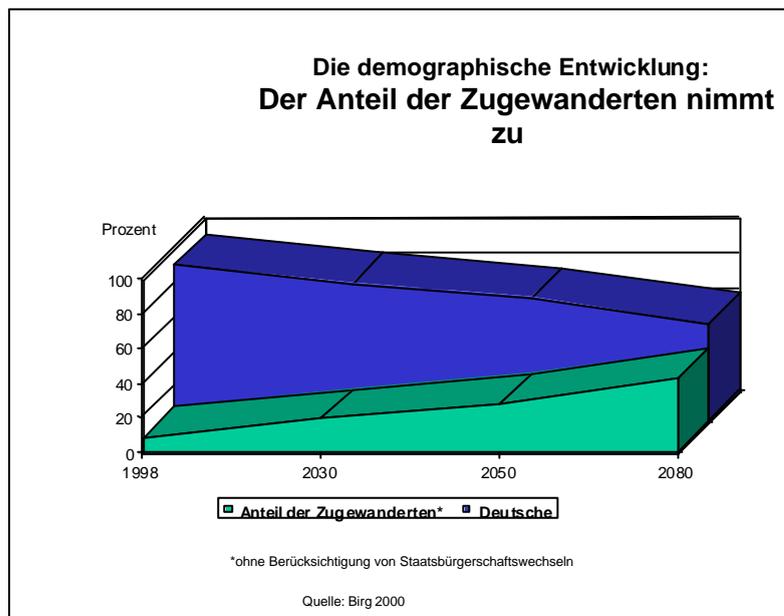
## Integrationspolitische Gesamtkonzepte: Handlungsbedarf und Perspektiven

Meine Damen und Herren,

Ich habe meinen Vortrag in folgende Abschnitte geteilt:

- Zahlen zum Stand der Integration, die deutlich machen, wie differenziert das Bild im Hinblick auf türkische Migranten mittlerweile ist;
- Integrationspolitische Konzepte;
- Wohnsituation und Integration versus Segregation;
- Handlungsmöglichkeiten.

Es gibt für die Mahnung von Minister Laschet guten Grund, Integrationspolitik ernst zu nehmen und ihr den erforderlichen Stellenwert zu geben. Eine Prognose des Bevölkerungswissenschaftlers Professor Birg, Universität Bielefeld, demonstriert, wie dramatisch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft zunehmen wird.



Wir können davon ausgehen, dass wir in diesem Jahrhundert einen Bevölkerungsaustausch erleben werden. Das hängt nicht nur mit weiterer Zuwanderung zusammen, sondern im Wesentlichen mit der Altersstruktur derjenigen, die jetzt schon bei uns leben, der dritten und vierten Generation der Mitbürger mit Migrationshintergrund. Das sind die Zahlen der Zukunft, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

## Türken in Deutschland – Daten und Fakten

Noch immer haben 70% der in Deutschland lebenden Personen mit türkischem Hintergrund die türkische Staatsangehörigkeit. Erst ein geringer, wenn auch in den letzten Jahren stärker gestiegener Anteil hat die Deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Die mittlere Aufenthaltsdauer beträgt inzwischen knapp 20 Jahre, der Anteil der in Deutschland Geborenen 30%. Wir haben wie immer noch einen hohen Arbeiteranteil, immer noch einen hohen Anteil von Menschen ohne Berufsausbildung, immer noch einen geringen Anteil von Jugendlichen mit Abitur, auch wenn die Zahl der von mir betreuten türkischen Diplomanden an der Fachhochschule steigt.

### **Türken in Deutschland Daten & Fakten**

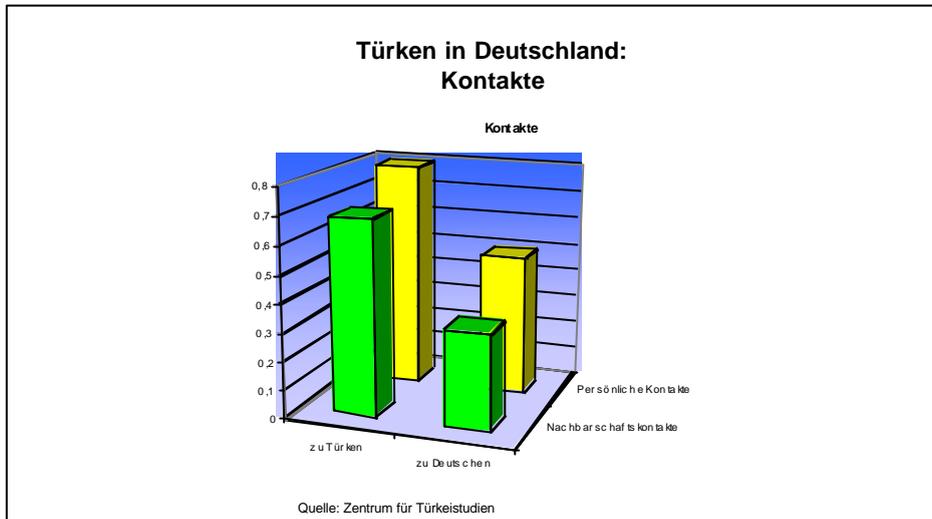
- Mittlere Aufenthaltsdauer in Deutschland: 19,4 Jahre, 84% über 10 Jahre
- Anteil der in Deutschland Geborenen: 30%
- Anteil der Arbeiter: 72%, Selbstständige: 7%
- Ohne Berufsausbildung: 52%
- Mit Abitur: 4%
- Mittleres Haushaltseinkommen: 2.070 Euro
- Anhänger islamischen Glaubens: 95%
- Religiös laut Selbsteinschätzung: 55%
- Reisen in die Türkei (mind. 1x/ Jahr): 55%
- Interessiert an aktuellen Ereignissen in der Türkei: 71%
- Interessiert an aktuellen Ereignissen in Deutschland: 38%

Quelle: Lab-One-Studie, TID-Studie, Zentrum für Türkeistudien

Mit 2.070 € stellen wir ein mittlerweile beachtliches durchschnittliches Haushaltseinkommen fest. Die Differenz zwischen Anhängern islamischen Glaubens und denen, die sich laut Selbsteinschätzung als religiös bezeichnen, beträgt 40%. Die Säkularisierung ist also auch bei großen Teilen der türkischen Bevölkerung anzutreffen - man geht nur noch zu hohen Feiertagen in die Moschee. Mehr als die Hälfte türkischer Mitbürger fährt mindestens einmal im Jahr in die Türkei, das heißt, es gibt immer noch starke Bindungen in das Heimatland; das zeigt sich auch darin, dass 71% an aktuellen Ereignissen in der Türkei interessiert sind, aber nur 38% an aktuellen Ereignissen in Deutschland. Wir haben es also mit einer großen Gruppe von Menschen zu tun, die schon lange bei uns leben, aber geistig noch immer nicht in unserem Land angekommen und viel stärker in ihrer alten Heimat verwurzelt sind.

## *Kontakte*

Zu unterscheiden ist zwischen Nachbarschaftskontakten und persönlichen Kontakten. Bei beiden Kategorien überwiegen die Kontakte zu den Landsleuten.



## *Sprachen*

Welche Sprache wird gesprochen? Deutsch und Türkisch halten sich in etwa die Waage. Diejenigen, die mehr türkisch als deutsch sprechen, sind aber noch in der Mehrzahl. Mittlerweile gibt es auch eine beachtliche Gruppe, die nach eigener Einschätzung beide Sprachen gleich spricht. Allerdings gilt für die zweite und dritte Generation: zunehmend gleich schlecht. In diesem Zusammenhang ist die Pisa-Studie zu erwähnen. Sie ist mehrfach zitiert worden. Die Ergebnisse waren niederschmetternd: In keinem anderen Land werden Migranten so schlecht qualifiziert wie in Deutschland. Das ist ein Skandal. Das deutsche Schulsystem basiert immer noch auf einem Gesellschaftsbild der 50er Jahre, ein lange überholter Ansatz, der immer wieder ignoriert wurde. Erst die Pisa-Studie hat erforderliche Maßstäbe deutlich gemacht, die wir an unser Schulsystem anlegen müssen. Eine konsequente Umsetzung – das geht bis in die Lehrerbildung und Curricula – kann ich jedoch bisher nicht erkennen.

## *Wohneigentum*

Der Anteil der in Deutschland lebenden Türken mit Immobilienvermögen beträgt über 71%, aber das Wohneigentum liegt nicht in Deutschland, sondern in der Türkei. Der Anteil Wohneigentum in Deutschland betrug 1999 16%, das dürfte jetzt auf Grund stärkerer Zunahme auf 22-23% gestiegen sein.

## *Verteilung des Haushaltseinkommens*

Von dem festgestellten durchschnittlichen Haushaltseinkommen in Höhe von 2.070 € entfallen 79% auf Konsumausgaben und 21% auf die Sparquote. Das erklärt den hohen Anteil an Immobilienbesitz unter den türkischen Mitbürgern.

## Türken in Deutschland: Sparquote & Konsumausgaben

Haushaltseinkommen:	2.070,00 €	100%
Sparquote	435,00 €	21%
Konsumausgaben	1.635,00 €	79%
Lebensmittel	400,00 €	19%
Miete	400,00 €	19%
Reisen	260,00 €	13%
Versicherungen	140,00 €	7%
Kleidung	110,00 €	5%
Telefon	120,00 €	6%
Freizeit	95,00 €	5%
Unterstützung von Angehörigen	110,00 €	5%

Quelle: Zentrum für Türkeistudien

Was die Konsumausgaben anbelangt sind die Migranten mittlerweile von vielen Branchen, auch von der Wohnungswirtschaft, als kaufkräftige, ökonomisch interessante, starke Ziel- und Kundengruppe entdeckt worden. Das Ethno-Marketing boomt. Unter diesem Aspekt sind auch hohe Ausländeranteile in Stadtquartieren keinesfalls nur als Problemindikator zu werten. Denn das kann auch günstige demographische Entwicklung, hohe Kinderzahlen, hohe Erwerbstätigkeitsquote bedeuten, positive Indikatoren für ein zukunftsorientiertes Quartier.

### *Haushaltsgrößen und Generationenvergleich*

Bei den Haushaltsgrößen ist inzwischen eine starke Differenzierung festzustellen. Noch immer sind die Haushalte auf Grund der Altersstruktur im Durchschnitt mit 3,4 Personen sehr viel größer als bei der deutschen Bevölkerung. Knapp die Hälfte sind Vier- und Mehrpersonenhaushalte. Aber auch bei den türkischen Mitbürgern wachsen die Ein- und Zweipersonenhaushalte. Sie machen immerhin knapp ein Drittel aus.

Gehen wir dem Thema Differenzierung weiter nach, zeigt z. B. die Lab-One-Studie, eine Marktforschungsstudie, interessante Entwicklungen. Zwar mag die Kategorisierung der Generationen etwas vereinfacht sein, sie verweist aber auf deutliche Veränderungen:

- für den Integrations- und Bildungsstand ist schon seit der zweiten Generation eine allmähliche Verbesserung zu konstatieren. Was Einstellungen anbelangt, sind diese in der ersten Generation noch überwiegend konservativ geprägt, die zweite Generation ist liberal, zielgerichtet, aber auch konservativ, in der dritten Generation werden 50% als individualistisch, 50% als konservativ eingeschätzt. Auf diese Polarisierung komme ich noch zurück. Familien- und Türkeibindung nehmen allmählich in der dritten Generation ab, Konsumverhalten und Kommunikationsverhalten - Stichwort Mobilfunk - ändern sich stark.

Professor Siebel hat die beiden Dimensionen der Integration bereits angesprochen: die strukturelle und die kulturelle.

Das möchte ich hier am Beispiel von vier Gruppen demonstrieren.

Türken in Deutschland: Dimensionen der Integration		
strukturell hoch	intellektuelle Fundamentalisten 5%	Assimilierte 30%
strukturell niedrig	Ghettomilieu 40%	Marginalisierte 25%

- Die Gruppe des Ghettomilieus bezeichnet strukturell niedrig integrierte und kulturell noch sehr konservativ geprägte, überwiegend schlecht qualifizierte türkische Mitbürger der ersten Generation.
- Die Gruppe der Marginalisierten bezeichnet diejenigen, die aus den Traditionen herausgewachsen, dennoch strukturell niedrig integriert sind auf Grund eines niedrigen Bildungsstandes und hoher Arbeitslosigkeit.
- Zur Gruppe der Assimilierten gehören diejenigen, deren strukturelle und kulturelle Integration weit vorangeschritten ist.
- Die Gruppe der intellektuellen Fundamentalisten ist hoch integriert, überwiegend akademisch qualifiziert mit konservativer kultureller Orientierung. Diese Gruppe ist in Deutschland noch sehr wenig anzutreffen, in England zum Beispiel sehr häufig.

Deutlich wird, dass Integration offensichtlich ein Prozess ist, der sehr unterschiedlich enden kann.

Immer wieder können wir aber eine Beobachtung machen: die Migranten nehmen die Kultur ihres Heimatlandes im Rahmen des Integrationsprozesses mit und bleiben dann stehen, werden sogar noch konservativer als gegebenenfalls zuvor, um ihre Identität zu schützen. Zugleich nehmen sie die Weiterentwicklung ihres Heimatlandes nicht zur Kenntnis. Auch in der Türkei hat ein Wandel stattgefunden, der zumindest das Bild der Städte verändert hat. So gibt es zum Beispiel in Istanbul eine rege Diskotheken-, Restaurant- und Modeszene; die bauchfreie Mode hat längst Einzug gehalten, selbst im Bazarviertel wird das Bild nicht von Kopftuch und Tschador geprägt.

Istanbul gehört neben Lissabon zu den trendigsten Städten Europas. Davon ist aber in manchen Quartieren unserer Städte nichts angekommen, im Gegenteil, es wird das Bild einer rückständigen Region weitergepflegt, manchmal sogar mit öffentlichen Mitteln. Das rückt unsere Integrationspolitik ins Blickfeld.

## Integrationspolitische Konzepte

Seit 1989 bin ich in der Integrationsforschung tätig. Vor diesem Hintergrund habe ich einmal die verschiedenen Phasen Revue passieren lassen.

### *Phase I in den 60er Jahren: die Rückkehrillusion*

In dieser Phase erwartete man, dass die Gastarbeiter nach befristetem Aufenthalt wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Ghettoisierung in Sammelunterkünften und Lagern wurde bewusst praktiziert. Es gab keinerlei Integrationsmaßnahmen. Muttersprachlicher Unterricht für Kinder hatte vornehmlich das Ziel der Reintegrationsfähigkeit im Heimatland. Unsere Integrationspolitik war entsprechend: Aufenthaltsrechtliche Duldung und Einbürgerung als Antragsakt, nicht als Prozess wie es zum Beispiel in einem Einwanderungsland wie Amerika gehandhabt wurde. 1981/1982 gab es schließlich als letztes Aufflackern dieses Rotationsprinzips eine Rückkehrförderung, die wenig erfolgreich war und reine Mitnahmeeffekte hatte.

### *Die Phase II in den 70er Jahren: Assimilation als Automatismus*

In dieser Phase herrschte die Erwartung vor, dass sich Migranten einseitig an die Aufnahmegesellschaft anpassen, das heißt, assimilieren und dann sozusagen verschwinden. Man erwartete eine automatische Integration mit dem falschen Verweis auf Hugenotten und polnische Bergarbeiter. Falsch deshalb, weil es damals eine, wenn auch autoritäre, Integrationspolitik gab.

Man hielt keinerlei Leistungen seitens der deutschen Gesellschaft für erforderlich – „Integration zum Nulltarif.“ Die Last der Integration sollten allein die Zuwanderer tragen. Entsprechend gab es kaum Integrationsmaßnahmen, in der Wohnungswirtschaft allenfalls die berühmten Tapezierkurse. In dieser Phase gab es in der Wohnungswirtschaft auch kaum ein Belegungsmanagement. Danach gefragt sagten die meisten Unternehmen: wir belegen wie es kommt. Diskriminierung am Wohnungsmarkt führte aber zur sozialräumlichen Segregation und im Endeffekt zur Bildung von Parallelgesellschaften mit eigener Infrastruktur.

Es wurde in dieser Veranstaltung differenziert zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation und nahe gelegt, freiwillige Segregation als etwas Positives anzusehen. Es gab in den 70er Jahren ein halbes Dutzend repräsentative Studien, in denen Migrantengruppen gefragt wurden, wo sie wohnen wollten. Die Ergebnisse aller Studien waren nahezu identisch: nur eine kleine Minderheit, am wenigsten die Türken, wollte nur unter Landsleuten leben. Dreiviertel wollten zusammen mit Deutschen in gemischten Quartieren wohnen; ein Viertel, bei den Türken waren es sogar 30%, wollten nur mit Deutschen zusammen wohnen. Dass die Segregation selbst gewählt wäre, dürfte eine Mär sein. Die deutsche Seite hat die Integrationsbereitschaft gerade in den siebziger Jahren regelmäßig unterschätzt. Aus alter Tradition waren gerade die Türken Deutsch freundlich und extrem offen; das hat sich heute auf Grund der über die Jahre immer wieder erkennbaren Diskriminierung geändert.

Diese zweite Phase war vielleicht die entscheidende, weil in diesen Jahren auf Grund der Belegungspolitik die Strukturen und Ausländerquartiere entstanden sind, die wir bis heute vorfinden.

### *Phase III in den 80er und 90er Jahren: die Multikulturelle Gesellschaft*

In dieser Phase gab es die Vision einer Gesellschaft, in der mehrere autonome Kulturen gleichwertig nebeneinander existieren sollten. Die Migranten sollten ihre eigene Kultur bewahren. Die sozialräumliche

Segregation wurde positiv bewertet, der Aufbau von Parallelgesellschaften wurde sogar politisch gezielt gefördert wie *ethnic business* oder auch die Pflege der Muttersprache. Jegliches Verhalten von Migranten wurde akzeptiert. Antidiskriminierungsgesetz und *cultural mainstreaming*, also Quotenregelungen, stammen aus dieser Zeit. Das war ein Konzept, das auch eine moralische Überlegenheit für sich beanspruchte und als Konsequenz einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung angesehen wurde, obwohl es durch unkritische Übernahme eines integrationspolitischen Ansatzes für eine vollkommen andersartige Situation, nämlich die der frankophonen Minderheit in Kanada, entstanden war. Schließlich gab es eine hohe Sympathie bei antibürgerlichen Bevölkerungsgruppen, die Migranten als Stellvertreter für die Einforderung von mehr gesellschaftlicher Toleranz und Abkehr von der bürgerlichen Gesellschaft funktionalisierten.

Das Konzept der Multikulturellen Gesellschaft hat am längsten unsere Integrationspolitik beeinflusst, es war in den 80er und 90er Jahren vorherrschend.

### *Gemeinsamkeiten der Phasen I – III*

Die bisher angesprochenen Entwicklungen haben auch ihre Gemeinsamkeiten. Als erstes ist die Gleichgültigkeit gegenüber der Lebenslage von Migranten zu nennen. Alle drei Konzepte haben weitgehend ignoriert, wie Migranten leben und welche Schwierigkeiten sie haben. Ignoriert wurden auch die Folgen von Integrationsdefiziten z.B. für das Bildungssystem: Dass jedes 5. Migrantenkind keinen Schulabschluss hat und über 40% nur einen Hauptschulabschluss haben, ist seit Jahrzehnten bekannt, ebenso bekannt sind die Folgen für die Chancen am Arbeitsmarkt. Ignoriert wurden aber auch Hetze, Illegalität, Kriminalität und inhumanes Verhalten, das sich in den Parallelgesellschaften entwickelt hat – so gab es schon in den siebziger Jahren Fälle von Ehrenmorden. Das Fördern von sozialräumlicher Segregation und das Unterlassen von Integrationsmaßnahmen waren allen drei Konzepten gemein. Auf Seiten der deutschen Gesellschaft wurde auch keinerlei Änderungsbedarf gesehen.

### *Phase IV: Fördern und Fordern*

Heute sind wir in einer neuen Phase angelangt.

Was stellen wir fest? Man erwartet, dass sich Migranten zur deutschen Leitkultur bekennen. Dafür stehen das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen, die Infragestellung muslimischer Gebote, z.B. des Schächtens, die kritische Beurteilung von Verhaltensweisen, die gegen Menschenrechte verstoßen - dazu gehört die Zwangsehe, die Integrations- und Gesinnungstests. Schließlich sind die zaghafte Integrationsmaßnahmen zu nennen, zum Beispiel Deutschkurse für Vorschulkinder oder auch muslimischer Religionsunterricht. Ich habe diese Maßnahmen zaghaft genannt, weil ich den Quantensprung noch nicht erkennen kann. Nach wie vor qualifizieren wir unsere Lehrkräfte noch nicht für den Umgang mit muslimischen Schülern. Das ist die aktuelle Situation.

### *Wie gehen wir mit kultureller Vielfalt um?*

Das ist die entscheidende Frage, der wir uns heute stellen müssen.

Ich habe dazu vier Konzepte unterschieden:

#### *Das Konzept der Leitkultur,*

ihnen allen seit einigen Jahren bekannt, besagt: die Migranten haben die Grundwerte der Aufnahmegesellschaft zu akzeptieren.

### *Bewertung des Konzepts*

Positiv ist dazu zuerst einmal zu sagen, dass eine Gesellschaft das Recht (und die Pflicht) hat, ihr historisches Erbe und ihre Grundwerte zu schützen. Dieses Argument habe ich von Michael Walzer von der Universität Princeton aufgenommen, einem der führenden Vertreter des Kommunitarismus in den USA. So muss sich die deutsche Gesellschaft gegen Islamisten, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht akzeptieren, verteidigen (Widerstandsrecht). Wir wissen, es gibt diese Gruppen und Länder. Kritisch ist einzuwenden, dass sich die deutsche Leitkultur den Migranten verweigert hat. Ein Leben zwischen den Kulturen, zwischen der traditionellen Kultur der Eltern und der deutschen Kultur, zu der man keinen Zugang hat, führt aber zur Devianz oder zur Radikalisierung (Heitmeyer: „verlockender Fundamentalismus“), die durch restriktive Maßnahmen verstärkt wird.

Was folgt daraus? Das Konzept der Leitkultur erfordert, dass den Migranten attraktive Angebote unterbreitet werden; das geht aber nicht ohne Vorleistungen der Aufnahmegesellschaft.

### *Das Konzept der Multikulturellen Gesellschaft*

steht für die Koexistenz von kulturell eigenständigen, gleichberechtigten Parallelgesellschaften.

### *Bewertung des Konzepts*

Dieser Ansatz schärft das Bewusstsein für die faktische Eigenständigkeit der Kulturen. Wir leben bereits in einer multikulturellen Gesellschaft, das macht die Akzeptanz kultureller Vielfalt durch die deutsche Gesellschaft unumgänglich. Gesellschaften wie Amerika und England haben das längst nachvollzogen.

Allerdings verfestigt die Segregation soziale Ausgrenzung aus Kultur, Gesellschaft, Bildung, Arbeitsmarkt und trägt zur Entwicklung eines Migrantenproletariats bei. Die Pisa-Studie hat u. a. gezeigt, dass z. B. der Bildungserfolg ganz wesentlich von dem Wohngebiet abhängt, in dem die Schule liegt. Darüber hinaus entwickeln Parallelgesellschaften mit alternativen Wert- und Normensystemen einen inhumanen, illegalen und kriminellen Untergrund, man muss sagen unter Ignoranz deutscher Behörden und teilweise unter falsch verstandenem Schutz von Anhängern multikultureller Konzepte.

Konflikte zwischen den Parallelgesellschaften sind unvermeidbar. Separieren von Bevölkerungsgruppen löst nicht die Probleme, sondern verdrängt sie nur. Das bedeutet, dass Integration nicht ohne die wechselseitige kulturelle Annäherung funktioniert. Das ist der Wert dieses Konzeptes.

### *Das Konzept der interkulturellen Gesellschaft*

setzt auf gegenseitige Annäherung der Kulturen, auf die Suche nach Gemeinsamkeiten und Schnittmengen.

### *Bewertung des Konzepts*

Dieser Ansatz geht davon aus, den Migranten die europäische Kultur zugänglich und attraktiv zu machen und bei den Einheimischen Verständnis und Toleranz für Zuwanderer zu wecken, um wechselseitige Vorurteile zu revidieren und kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu empfinden. So ist das häufigste Instrument der interkulturellen Begegnung das interkulturelle Fest.

Kritisch ist anzumerken, dass mit hohem Aufwand nur kleine Bevölkerungsanteile erreicht werden und Kontakte oberflächlich (Strohfeuer effekt) bleiben. Auch Schönwettererlebnisse können Konflikte nicht überwinden. Das heißt: Interkulturelle Arbeit erfordert die wechselseitige Öffnung. Auch die deutsche Gesellschaft muss ihren Beitrag zur Integration leisten. Des Weiteren muss interkulturelle Annäherung Multiplikatoren erreichen.

### *Transkulturelle Gesellschaften*

streben die Überwindung von kulturellen Differenzen zugunsten einer neuen globalen Kultur an. Das heißt, dass sich sowohl die Einheimischen als auch die Zuwanderer in Richtung transkultureller Gesellschaft bewegen und etwas Neues entsteht.

### *Bewertung des Konzepts*

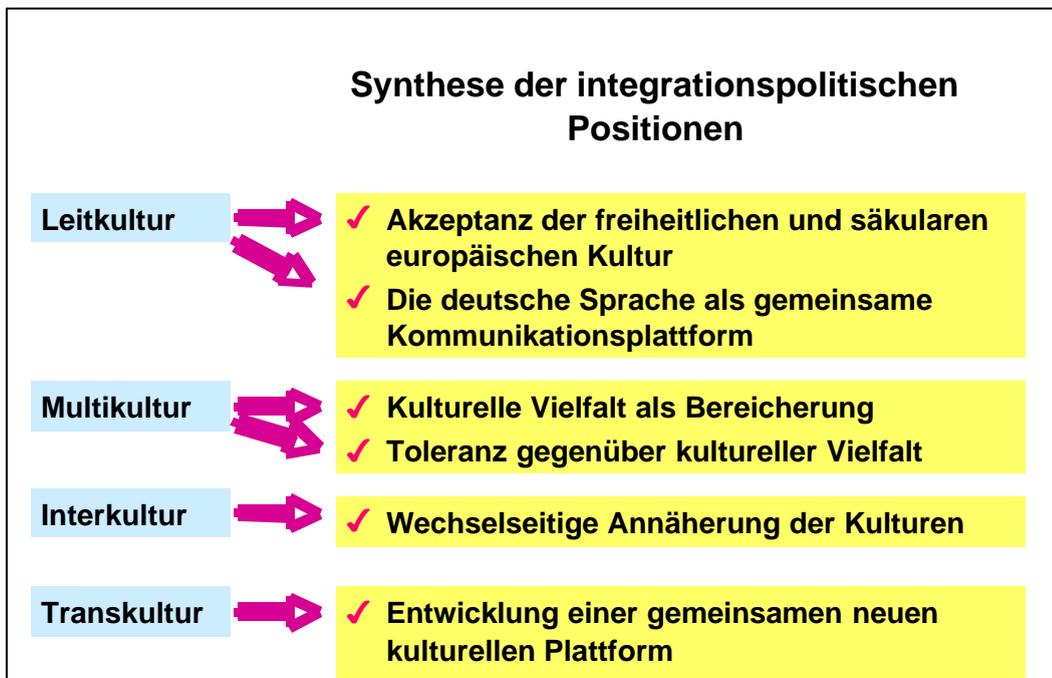
Dieses gesellschaftspolitische Modell hat sich im Grunde Jahrhunderte lang bewährt, denken wir allein an die Renaissancekultur als europäische Transkultur. Es ist erst mit dem Aufkommen des Nationalismus im 19. Jahrhundert vorübergehend in den Hintergrund geraten. Das Modell korrespondiert mit der Globalisierung und dem Trend, dass sich die Jugend ohnehin in Richtung Transkultur bewegt, darin aber verstärkt motiviert werden sollte. Kritisch ist zu sehen, dass die Konservativen und Traditionsbewussten nicht erreicht werden, sowenig wie die Radikalen, die aber vielleicht zunehmend isoliert werden, wenn sich eine Transkultur als neues gesellschaftspolitisches Ziel entwickelt.

Transkultur erfordert eine Synthese der Kulturen und eine Relativierung der (jeweils) eigenen Kultur.

### *Fazit*

Wenn wir die integrationspolitischen Maßnahmen zusammenfassen, ist meine These, dass keines dieser Konzepte allein zum Erfolg führt. Wir müssen vielmehr von allen vier Konzepten die überzeugendsten Elemente herausgreifen:

Von der „Leitkultur“ ist es die Akzeptanz der freiheitlichen und säkularen europäischen Kultur; da dürfen wir uns nicht – Stichwort Karikaturenstreit – irritieren lassen. Ebenso ist die deutsche Sprache als gemeinsame Kommunikationsplattform absolut erforderlich. Von der „Multikultur“ sind es die kulturelle Vielfalt als Bereicherung und die Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt. Von der „Interkultur“ ist es die wechselseitige Annäherung der Kulturen und von der „Transkultur“ die Entwicklung einer gemeinsamen neuen kulturellen Plattform.



## Herausforderung Belegungsmanagement

Welche Konsequenzen haben die bisherigen Überlegungen für die Wohnsituation?

Das Zentrum für Türkeistudien hat in einer Untersuchung festgestellt, dass türkische Migranten mittlerweile zu 51% überwiegend in deutschen Wohnvierteln wohnen, aber noch zu 36% in überwiegend türkischen Quartieren. Das spricht für eine zunehmende Polarisierung und Entwicklung von Parallelgesellschaften.

### Parallelgesellschaft oder Ghetto?



**Berlin**

**Essen**

**Duisburg**

**Stuttgart**

**HILAL**  
Türk. Satış, İndem. Servisi  
Mustafa KOCATURK & Muslim AŞÇI  
Langwiesenberg 32 i  
70327 Stuttgart (Großmarkt)  
Tel: 0711- 467110  
Fax: 0711- 467120  
Handy: 0171- 4144159

**DILARA REISEN**  
SEYAHAT  
Yeminli tercümanlık ve danışmanlık bürosu  
İbni Hatice Eldeniz  
(Übersetzerin/ Dolmetscherin)  
Hack str. 3, 70190 Stuttgart  
Tel: (0711) 42 05 001  
Fax: (0711) 42 05 003

Die Behauptung, es gäbe keine Ghettos in Deutschland beziehungsweise in Nordrhein-Westfalen, lässt sich sehr wohl widerlegen. Es gibt in NRW Stadtquartiere, wo die hohe Konzentration von Ausländern einhergeht mit mangelnden Bildungschancen und traditionell konservativer Indoktrination.

*Segregation oder Integration in Stadtquartieren?*

Sowohl für das Pro als auch für das Kontra gibt es Argumente.

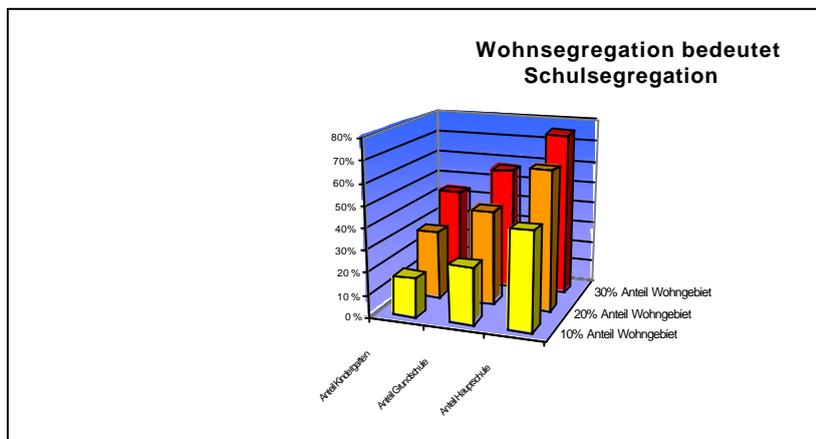
- Argumente pro Segregation sind u. a. Konfliktvermeidung, Respekt vor Präferenzen, Selbsthilfenetzwerke, Dynamik der Parallelgesellschaften – dazu gehört u. a. das *ethnic business*, die kulturelle Eigenständigkeit, eine multikulturelle Vielfalt sowie politische Mobilisierung.
- Für die Integration sprechen andere Argumente: Die Vermeidung von Stigmatisierung, Vermeidung einer Hierarchisierung der Stadtentwicklung, wozu der soziale Wohnungsbau durchaus erfolgreich beigetragen hatte. Davon hat sich die Wohnungspolitik heute weitgehend verabschiedet. Vermeidung

von Problemkumulationen, wie sie in Quartieren mit hohem Ausländeranteil anzutreffen sind, Vermeidung von Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, Vermeidung von Ausgrenzung im Bildungsbereich, Vermeidung eines Ghettomilieus, Herstellung von Kontaktchancen, Abbau von Vorurteilen.

### *Effekte von Segregation*

Es gibt seit Mitte der zwanziger Jahre (Chicagoer Schule) eine internationale Forschung zum Thema Integration versus Segregation. Ich habe mich mit diesen Studien intensiv befasst und sie für meine Arbeit nutzen können. Diese Studien weisen ein hohes Maß an Übereinstimmung auf.

So entwickelt sich bei sozialräumlicher Segregation eine kulturspezifische Infrastruktur wie Läden, Gastronomie, Vereine, religiöse Einrichtungen, Reisebüros, Banken usw. und es kommt zu einer Sichtbarkeit und Stigmatisierung. Die Studie des Planerladens hat gezeigt, dass der gefühlte Ausländeranteil regelmäßig höher liegt als der tatsächliche. Dazu gibt es schon seit den 30er Jahren Studien in den USA, wo genau dieses Phänomen bestätigt wurde. Segregation im Bildungssystem ist eine weitere Folge. Bildung, Sprachkenntnisse, Eheschließung variieren deutlich zwischen denen, die in nicht gemischten und denen, die in gemischten Gebieten leben. Soziale Kontakte sind weitaus interkultureller ausgeprägt in gemischten Gebieten, ebenso Einstellungen, Werte und Identität, das geht bis hin zur Gestik und Akzeptanz, die stark davon abhängt, wo man wohnt. Das gilt für Schwarze in den USA, für Migranten in verschiedenen Kontinenten ebenso wie für ehemalige Obdachlose in Deutschland mit fast identischem Muster.



Wohnsegregation bedeutet auch Schulsegregation. Es reicht eine geringfügige Migrantenkonzentration in Wohngebieten, die zu einer extrem hohen Konzentration vor allem an Hauptschulen führt und zu einer entsprechenden Überlastung.

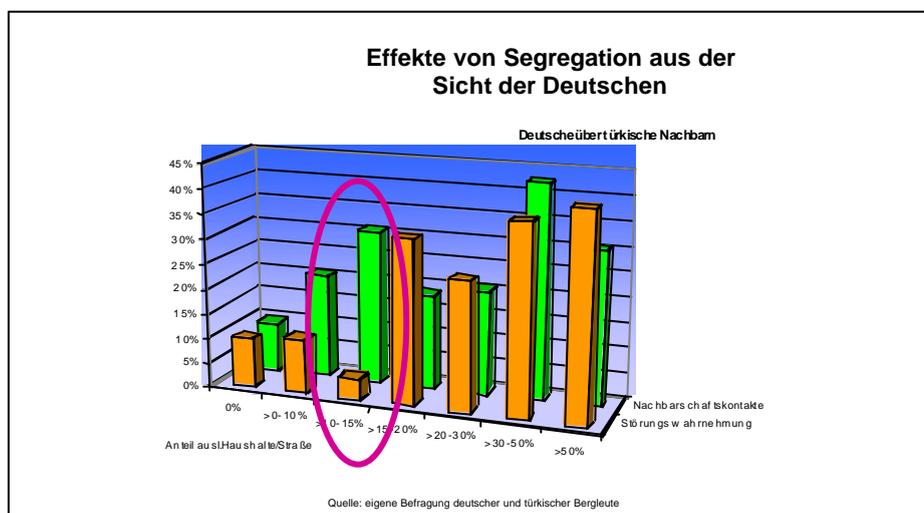
### *Leben im Ghetto – was gehört dazu?*

Traditionelle Lebensführung, soziale Kontrolle und Familienclans. Ab 800 bis 1.000 Haushalten entwickelt sich eine kulturspezifische Infrastruktur, die Moschee wird zum sozialen Zentrum, der Imam zur Schlüsselfigur. Es häufen sich interne Differenzen, d. h. Streitigkeiten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die dort leben. Es entwickelt sich ein kulturspezifisches Gewerbe und ein kulturspezifischer Arbeitsmarkt, der die Karrierechancen derjenigen, die dort einsteigen, andernorts deutlich verringert; wir sprechen von der so genannten *ethnic mobility trap*. Zunehmend etablieren sich

türkische Vermieter. Vom Kaffeehausmilieu mit illegalem Glücksspiel, Prostitution, Drogenhandel und islamischer Kapitalanlage durch Vermögensholdings mit Briefkastenadresse war schon die Rede.

### Effekte von Segregation aus der Sicht der Deutschen

Das Ergebnis einer eigenen Studie auf der Grundlage von Befragungen deutscher und türkischer Bergleute zeigt, dass sozialräumliche Nähe sowohl zu Kontakten als auch zu Konflikten führen kann. Mit wachsendem Migrantenanteil nimmt beides zu, aber ungleichgewichtig. Es gibt jedoch eine Situation mit maximalen Kontakten und minimalen Konflikten. Das sind die Gebiete mit mäßigem Anteil an Minderheiten. Das heißt, es hängt von den Bedingungen ab, welche Konsequenzen Kontakte für soziales Verhalten haben. Dabei zeigt sich, dass Segregation nicht zur Vermeidung von Konflikten führt, sondern im Gegenteil, diese eher verstärkt. Es gibt andere Studien, z.B. des Deutschen Instituts für Urbanistik, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen.



### Dynamik der Segregation –damit müssen wir uns auseinandersetzen

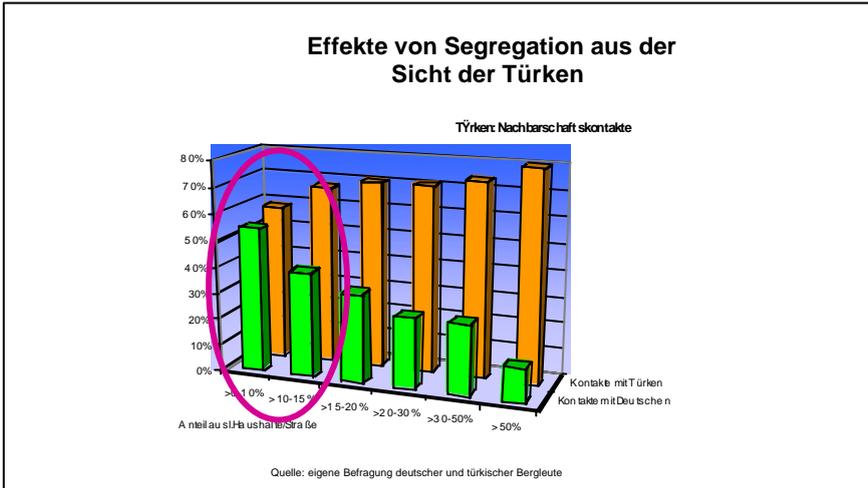
Die Amerikaner nennen das *tipping point*, die kritische Schwelle, an der ein Gebiet umkippt. Dazu gibt es zwei Werte:

- Die Schwelle, bei der man nicht mehr in eine Nachbarschaft einzieht. Der „*do not wish to enter point*“. Sie liegt bei c. a. 15%, das ist ein Haushalt pro Aufgang, und
- die Schwelle, bei der man aus einer Nachbarschaft auszieht. Der „*wish to leave-point*“. Sie liegt bei 20 bis 30%, das sind zwei Haushalte pro Aufgang.

Anzumerken ist dazu, dass Prozesse der Konzentrationen irreversibel sind.

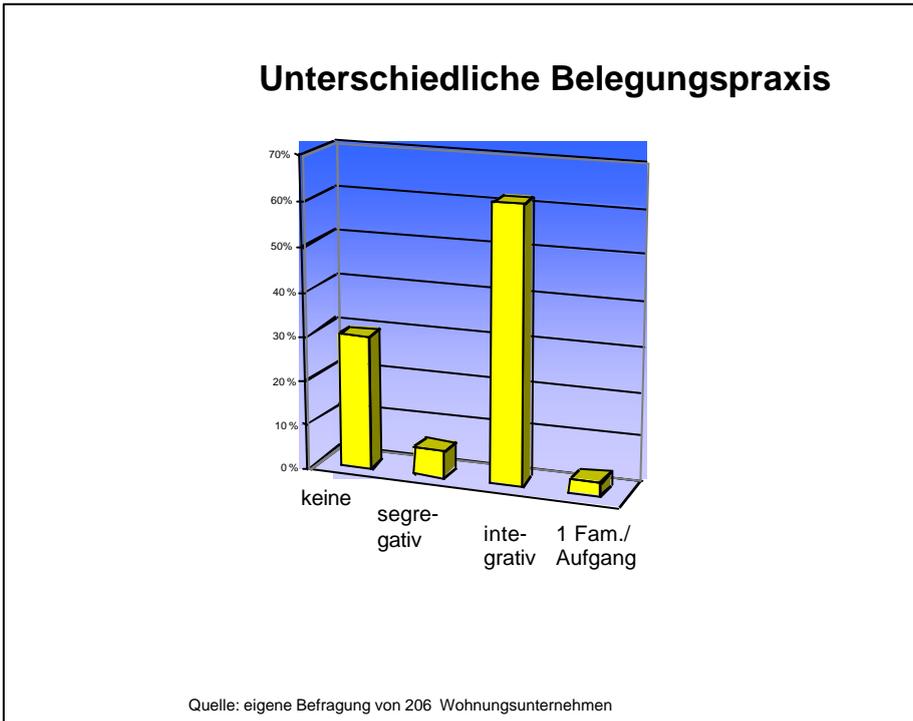
### Effekte von Segregation aus der Sicht von Migranten

Die erwähnte Studie zeigt hierzu ähnliche Ergebnisse. Kontakte untereinander sind immer hoch, Kontakte zur einheimischen Bevölkerung aber deutlich geringer je höher der Ausländeranteil ist. Eine optimale Situation zeigt sich in gemischten Gebieten, das lässt sich aus der Studie ableiten. Sie bietet für diesen Ansatz die empirische Basis.



### Belegungspraxis

Inzwischen wird überwiegend eine integrative Belegungspraxis angewandt. Dabei sind die Unternehmen am erfolgreichsten, die sehr sorgfältig und sensibel vorgehen.



Ich bin zu der Auffassung gekommen, dass starre Quoten nicht ausreichen. Migranten sind nicht mehr Migranten. Ich plädiere für eine sozial sensible Belegungspraxis. Vor jeder Entscheidung sollte man sich Nachbarschaft und Bewerber genau ansehen.

## Handlungsmöglichkeiten

### *Handlungsmöglichkeiten für Wohnungsunternehmen*

Was ist erforderlich, um sich in Richtung einer transkulturellen Wohnungswirtschaft zu bewegen?

An erster Stelle steht: sich mit dem Thema befassen.

- Dazu gehören die Analyse und - gegebenenfalls auch die kontroverse - Diskussion ebenso wie eine Leitbildentwicklung und ein Maßnahmenprogramm in Gremien und Satzung.
- Wichtig ist ein interkulturelles Kompetenztraining für die Mitarbeiter und Führungskräfte, um Sensibilität für die unterschiedlichen Kulturen zu entwickeln.
- Wichtig ist auch der Aufbau einer Hausbetreuung, denn eine sozial sensible Belegungspraxis erfordert genaue Kenntnis der Nachbarschaftsverhältnisse in jedem Aufgang - für die Verwaltung heißt das zum Beispiel: Aktualisierung der Mieterakten.
- Wichtig ist die Entwicklung eines Belegungsmanagements. Die Verträglichkeit von Bewerbern und Hausgemeinschaft ist nicht nur eine interkulturelle Frage, sondern auch eine Frage unterschiedlicher Haustypen und Generationen.
- Von Bedeutung ist auch die Entwicklung eines Nachbarschaftsmanagements. Dazu gehört die Neumieterbegrüßung, sie ist ganz wichtig für die Einführung in die Hausgemeinschaft, dazu gehören die Hausordnung und ein Konfliktmanagement.
- Erforderlich ist die interkulturelle Prüfung aller Geschäftsprozesse wie Hausordnungen, Korrespondenz, Kundenbetreuung und Hausmeister Tätigkeit.
- Erforderlich sind auch Maßnahmen zur Integration und Pflege der interkulturellen Beziehungen wie Sprachkurse, interkulturelle Begegnung, Freizeit- und Bildungsangebote ebenso wie Möglichkeiten zur internen und externen Kommunikation.

### *Was zeichnet eine transkulturelle Unternehmenskultur aus?*

Transkulturelle Unternehmenskultur muss entwickelt werden. Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen funktioniert nur dann, wenn man sich auf Spielregeln einigt. Diese Regeln müssen natürlich revidiert werden, zum Beispiel Hausordnungen. Vielleicht müssen wir uns von einigen starren Vorstellungen verabschieden, umgekehrt aber auch Migranten deutlich machen, dass es Grenzen gibt - Stichwort Lärm, Sauberkeit und Müllbeseitigung. Und: Diese Regeln müssen verbindlich sein. Das heißt zeitnahe Überprüfung und unverzügliches Einschreiten sind unabdingbar, um Problemen vorzubeugen und das Zusammenleben zu erleichtern.

Interkulturelle und transkulturelle Angebote in gemischten Wohngebieten sollten ebenso auf der Agenda stehen wie Kooperation mit der Kommune in Wohngebieten mit hoher Migrantenkonzentration.

### *Handlungsmöglichkeiten für die Kommune*

An erster Stelle ist die Kooperation mit den Einrichtungen der Migranten in den Parallelgesellschaften zu nennen. Diese haben sich bereits gebildet, daran müssen wir anknüpfen und die Kooperation suchen. In Frankreich haben wir gesehen, dass die Imame dabei eine wichtige Rolle spielen.

Ein anderer Punkt ist die Förderung inter- und transkultureller Aktivitäten in Wohngebieten mit hoher Migrantenkonzentration. Das kann der Bazar mit einem attraktiven Angebot sein, die Moschee als Begegnungszentrum - zunehmend wichtig vor allem für ältere Migranten, transkulturelle Gastronomie,

aber auch Musik, Diskotheken, Comedy. Wir müssen der Jugend Angebote machen, zum Beispiel Wettbewerbe veranstalten oder Preise ausloben, damit sie sich angenommen fühlt und sich unserer Kultur öffnet.

### *Handlungsmöglichkeiten der Politik*

An oberster Stelle steht die Sprachförderung. Eine umfassende Bildungsoffensive habe ich schon erwähnt, dazu gehört auch die Förderung inter- und transkultureller Projekte mit einem vor Ort abrufbaren Budget. Auf die Agenda gehört auch die Regulierung religiöser Unterweisung an öffentlichen Schulen, an privaten Koranschulen und an Moscheen.

### Die Perspektive

Die Zeit der Gleichgültigkeit ist vorbei. Die Perspektive kann eine Gesellschaft sein,

- die ihren Migranten die deutsche Sprache und eine gute Bildung vermittelt und die ihnen Karriereangebote macht,
- die für Migranten offen und attraktiv ist,
- deren Grundwerte und Regeln von allen Bevölkerungsgruppen anerkannt werden,
- die kulturelle Vielfalt anerkennt und als Bereicherung ansieht und
- die eine freiheitliche, kosmopolitische und globale Kultur entwickelt.

Diese Vision ist nicht unrealistisch, aber sie erfordert, dass beide Seiten von ihren ideologischen Positionen abweichen, daran müssen wir arbeiten.

### **Podiumsdiskussion**

Die dichte Fragestellung der Veranstaltung „Integration - sind wir auf einem guten Weg?“ blieb auch für die abschließende Diskussionsrunde Richtungweisend. Die Diskussionsteilnehmer sollten vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen die im Laufe der Veranstaltung eingebrachten Beiträge kommentieren und ergänzen. Praktiker aus Politik, Kommunalverwaltung und Wohnungswirtschaft sowie Vertreter von Migrantenorganisationen gaben Einblick in ihren Arbeitsalltag mit sehr unterschiedlichen Ansätzen, mögliche Wege zur Integration ausländischer Mitbürger zu beschreiben.

## Teilnehmer an der Podiumsdiskussion

**Manfred Neuhöfer**, Geschäftsführer Hammonia Verlag, Hamburg, Chefredakteur der Zeitschriften „Die Wohnungswirtschaft“, „Das Wohnungseigentum“, „wi Wohnungspolitische Informationen“.  
Moderator der Podiumsdiskussion

**Emine Altay**, Solidaritätsbund der Migranten aus der Türkei e.V., Köln, Träger von Integrationsarbeit und -projekten für Kinder und Jugendliche.

**Britta Altenkamp**, Landtagsabgeordnete (Mdl, SPD), Sprecherin für Generationen (Kinder, Jugend, Familie, Seniorenpolitik, Eine Welt und Integrationspolitik) der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration.

**Jochen Köhnke**, Dezernent für Aussiedler-, Flüchtlings- und Asylbewerberangelegenheiten der Stadt Münster, Vorsitzender der Regiegruppe des INTERREG-Projektes „Zuwanderer integrieren!“ der Stadt Münster

**Christoph Kulenkampff**, geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, Darmstadt, Leiter des von der Schader-Stiftung initiierten Projekts „Zuwanderer in der Stadt“.

**Günter Ott**, Vorstandsmitglied der GAG Immobilien AG, Köln.

**Dr. Rudolf Ridinger**, Verbandsdirektor des VdW südwest, Frankfurt.

## Diskussionsverlauf

In der einstündigen Diskussion unter der Moderation von Manfred Neuhöfer wurden vor allem die Stichworte Segregation und Steuerungsmöglichkeiten, Entstehung von Parallelgesellschaften und Kommunikation angesprochen.

**Manfred Neuhöfer** leitet die Diskussion mit der Feststellung eines von ihm wahrgenommenen Widerspruchs ein: die Beiträge der Veranstaltung haben zur Frage der Integration den Tenor „wir schaffen es“ vermittelt. Der in Berlin-Neukölln gedrehte Film „Knallhart“ von Detlev Buck hinterlasse eher den Eindruck unüberwindbarer Konflikte. Was ist Realität? Welche Steuerungsmöglichkeiten gibt es seitens der Beteiligten gegen Segregation?

**Günter Ott** möchte keinen Vergleich zwischen Köln und Berlin-Neukölln ziehen. Die GAG eine städtische Wohnungsbaugesellschaft mit 42 000 Wohnungen im Stadtgebiet Köln, davon 50% öffentlich gefördert, arbeite seit Jahrzehnten daran, Segregation zu verhindern. Das Unternehmen sehe den wichtigsten Beitrag darin, die Wohn- und Lebensbedingungen für die Menschen so zu gestalten, dass sie miteinander auskommen. Unter dieser Prämisse sei es Strategie der GAG, dass in ihrem, in unterschiedlichen Stadtteilen von Köln gelegenen Wohnungsbestand, jeweils nicht mehr als 20% Mieter mit Migrationshintergrund leben. Dieser Ansatz habe sich bewährt, Segregationstendenzen entgegenzuwirken.

**Christoph Kulenkampff** stützt sich in der Frage Segregation und Steuerung auf das von der Schader-Stiftung koordinierte Projekt „Zuwanderer in der Stadt.“ Die Empfehlungen des Projekts zur städtischen Integrationspolitik vor dem Hintergrund stadträumlicher, ethnischer Segregation wurden im Februar 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie seien als Befund zu bewerten, nicht als Aufforderung, den Prozess der Segregation zu fördern. Fakt sei, dass es in allen beteiligten Städten ethnisch geprägte Quartiere gebe. Das sei nicht zwingend negativ zu bewerten. Es stelle sich aber die Frage, ob man in fortgeschrittene Entwicklungen eingreifen will und kann. Seiner Meinung nach gibt es dafür keine entsprechenden Instrumente, um die Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Quartieren zu verhindern. Vielmehr müssen Wege für den Umgang mit Segregationstendenzen gefunden werden, um unter anderem die Bewohner untereinander zu stabilisieren. In diesem Sinne stimmte er den von Herrn Prof. Dr. Eichener in seinem Vortrag angesprochenen Strategien zu.

**Britta Altenkamp** verweist aus Sicht des Bundeslandes NRW darauf, dass es in Nordrhein-Westfalen immer den Willen gegeben hat, Steuerungsmöglichkeiten zu nutzen und neue Wege zu gehen. Sie erinnert an das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, Vorläufer für das auf der Grundlage der Erfahrungen in NRW weiterentwickelte Bundesprogramm „Soziale Stadt.“ Das Land habe durchaus die Möglichkeit, an seine Förderprogramme Maßstäbe und Bedingungen zu knüpfen, die auch die Integration von Migranten einschließen. In benachteiligten Stadtquartieren sei die Wohnungspolitik in die Pflicht genommen, Vernetzungen mit anderen Feldern bei der Umsetzung von Programmen zu berücksichtigen. Allerdings haben viele Fördermaßnahmen zwar eine Stabilisierung, aber keine wirkliche Aufwärtsbewegung bewirkt. Ein Beispiel sei Essen-Katernberg, ein Pilotstadtteil, in dem erst nach Jahren über die Stabilisierung hinaus eine stärkere Durchmischung und ein Abbau von Segregationstendenzen zu beobachten ist. Das wiederum vollziehe sich in kleinen Schritten, unter großem Aufwand und über eine lange Zeit, Merkmale, die beim Thema Integration nicht unterschätzt werden sollten.

**Jochen Köhnke** erläutert das „Gesamtkonzept Integration der Stadt Münster“ in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Enschede. Eine Förderung des Landes NRW habe eine Optimierung der Integrationsmaßnahmen ermöglicht. Das Projekt wurde im Wettbewerb „Integration ist kein Zufall“ der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet.

Die Stadt Münster stehe mit 280 000 Einwohnern und 25 000 Spätaussiedlern vor großen Herausforderungen. Wie in allen Großstädten sei auch in Münster eine „Überschichtungssegregation“ festzustellen: Arbeitslosigkeit, Menschen mit Migrationshintergrund, Kinderreichtum, Verschuldung. In solchen Quartieren seien die Bedingungen für eine Sozialisation, dazu gehöre auch das Wohnen, zusätzlich dadurch erschwert, dass die sozialen Potenziale wie der Einsatz von Ehrenämtern, Kirchen oder auch Vereinen aufgebraucht seien.

Welchen Weg ist die Stadt Münster gegangen?

Es wurde ein Arbeitskreis mit Vertretern aus Kommune, Wohnungswirtschaft und Sozialpartnern gegründet, der sich gegen feste Quotierungen entschied, um eine Durchmischung in der Stadt zu erreichen.

Parallel dazu wurde den zuziehenden Spätaussiedlern angeboten, auf freiwilliger Basis in eine besondere, engmaschige Lotsenbetreuung zu gehen. Begünstigt werde diese Arbeit dadurch, dass es in Münster noch heute Übergangsheime für Spätaussiedler gibt. Von hier aus werden sie, natürlich auf freiwilliger Basis, im Rahmen der Lotsenarbeit auf der Grundlage eines „Integrationsvertrages“ in vielen Bereichen begleitet. Ein Bereich ist das Wohnen. Interessant sei, dass sich 93% dafür entscheiden, in nicht segregierten Wohngebieten zu leben. Noch nicht repräsentative Untersuchungen der Universität Münster zeigen übrigens im Ansatz, dass die Arbeitsaufnahme dieser Menschen um das 2,5-fache höher liegt als bei der Kontrollgruppe, ebenso gehe die Rückkehrbereitschaft signifikant zurück. Leben im Stadtteil habe keinen Wert, wenn es nicht gekoppelt ist mit dem Andocken im Stadtteil. Dazu biete die Lotsenarbeit, deren hoher Koordinationsaufwand mittlerweile unter Einbeziehung freier Träger bewältigt wird, neben anderen Ansätzen einen Weg, der generell begangen werden könnte.

**Dr. Rudolf Ridinger** sieht vor dem Hintergrund bekannter Trends der demographischen Entwicklung mit steigendem Ausländeranteil Integration als die zentrale Herausforderung schlechthin. In einer Stadt wie Frankfurt mit einem Ausländeranteil von bis zu 50% in einigen Stadtteilen stelle die Wohnungswirtschaft sich seit Jahren gezielt auf die Kundengruppe der Migranten ein. Das manifestiere sich in den Wohnungsunternehmen an verschiedenen Stellen. Ein Beispiel seien die in engem Zusammenhang mit der Belegungspolitik stehenden Sprechstunden. Hier seien die Mitarbeiter in hohem Maße gefordert, mit den unterschiedlichsten ethnischen Bevölkerungsgruppen zu kommunizieren. Als weiteres Beispiel nennt er das Thema Hausordnung, die bei starker kultureller Durchmischung besondere Fragen aufwirft.

Zentral sei folgende Überlegung: betreiben die Wohnungsunternehmen damit eine gezielte Integrationspolitik, oder implementieren sie eine Integrationspolitik in die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente. Er plädiert für die zweite Variante. Denn es könne nicht darum gehen, eine Integrationshausordnung einzuführen, sondern es sollten Integrationselemente, bzw. transkulturelle Elemente in die den Unternehmen zur Verfügung stehenden Instrumente integriert werden. Das reiche von sprachlichen Formulierungen bis hin zur Aktivierung von Nachbarschaften z.B. durch Organisation von Mieterfesten oder zur Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen, um transkulturelle Begegnungen zu ermöglichen. Wenn man die Feststellung von Herrn Kulenkampff akzeptiere, dass ethnische Quartiere ein Faktum sind, müsse man zugleich konstatieren, dass diese Quartiere eine Eigendynamik entwickeln in Richtung zunehmender Segregation und ethnischer Konzentration mit der Tendenz zur Entstehung von Parallelgesellschaften. Es bleibe eine zentrale Herausforderung, solche Entwicklung zu verhindern. Die Dringlichkeit hätten die Vorgänge in Frankreich gezeigt.

**Manfred Neuhöfer** greift an dieser Stelle einen anderen Aspekt auf: das Thema Kultur, zu dem die Frage der Kommunikation beziehungsweise Teilnahme an gesellschaftlichen Vorgängen gehört.

**Emine Altay** knüpft daran mit dem Hinweis an, dass die Ausländer meist als Problem angesehen werden. Die Probleme gingen allerdings nicht nur von ihnen aus. Sie zeigte sich positiv überrascht von dem Verlauf der Veranstaltung und dem offenkundigen Bemühen, Fehler der Vergangenheit zu analysieren und zu korrigieren. Vor 45 Jahren habe man nicht darüber nachgedacht, dass Migranten genau so wie die einheimische Bevölkerung ihr Leben gestalten wollten. Das sehe man heute anders. Dennoch bleibe nach den Erfahrungen der Selbsthilfeorganisation „Solidaritätsbund der Migranten aus der Türkei“ festzustellen, dass mehr Kommunikation zwischen allen Beteiligten erforderlich sei. Im täglichen Umgang mit Problemen seien in erster Linie die Selbsthilfeorganisationen Ansprechpartner. Sie seien es auch, die die Migranten ermutigen und motivieren, „sich zu trauen.“

**Manfred Neuhöfer** hakt nach: warum trauen sich die Menschen nicht? Er berichtet von seinen Erfahrungen bei Projekten im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park und der Schwierigkeit, dass die Partizipationsbereitschaft der türkischen Mitbürger trotz aller Bemühungen äußerst gering war.

**Emine Altay** sieht viele Hintergründe dafür, warum ausländische Mitbürger sich nicht organisieren können. Es sei die Sprache, es seien aber auch die Kultur und andere Verhaltensweisen. Zum Beispiel mischen sich die Eltern in der Türkei nicht in schulische Angelegenheiten ein. Auch in ihrem neuen Lebensbereich werden Entscheidungen in Anerkennung von Autoritäten akzeptiert. Das gelte auch für die

Wohnungsunternehmen. Man nehme Entscheidungen hin, deshalb sei die Bereitschaft zur Mitwirkung gering, obwohl Partizipation wichtig wäre. Die Bedeutung dieses Prozesses müsste durch sprachkompetente türkische Mitbürger stärker kommuniziert werden.

**Britta Altenkamp** nimmt das Thema Anerkennung von Autoritäten auf, ein Verhalten, das sich in vielen Lebensrealitäten wiederfinde, oft, z. B. in der Frage weiterführender Schulen, mit negativen Konsequenzen für die Betroffenen, vor allem für junge Mädchen. Vor diesem Hintergrund tragen staatliche Einrichtungen eine weit reichende Verantwortung.

Das Stichwort Schule führt sie noch einmal zur Frage der Durchmischung. Es gebe aus ihrer Sicht Stadtteile, in denen der Prozess der Segregation nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. In der Konsequenz sollte man sich auf solche mit Integrationsproblemen belasteten Stadtquartiere konzentrieren, in denen Maßnahmen zur Entschärfung der offenkundigen Konflikte noch greifen können. Dass der Funke der Aggression aus Frankreich nicht nach Deutschland übergesprungen ist, sei nicht selbstverständlich. Das sei vor allem der Besonnenheit und dem Wirken vieler Migrantenvertreter in ihrer *community* zu verdanken.

**Christoph Kulenkampff** verweist in diesem Zusammenhang auf die diffuse Definition des Begriffs „Parallelgesellschaft.“ Fakt sei, dass es mehrere Parallelgesellschaften gebe, nicht nur im Hinblick auf Migranten, sondern auch im Hinblick auf die verschiedenen Lebensstilgruppen in der deutschen Bevölkerung. Er macht die Notwendigkeit kommunaler Integrationspolitik an einigen Zahlen fest: Mittelfristig müsse bezogen auf die Gesamtfläche Westdeutschlands – Ostdeutschland spiele bei diesen Betrachtungen keine Rolle – mit einem Migrantenanteil von 30% gerechnet werden. Das bedeute für die von Migranten als Lebensraum bevorzugten Großstädte einen Anteil von 50-60%. Zugleich werde es in Zukunft die klassischen Instrumente der Belegungssteuerung durch den sozialen Wohnungsbau nicht mehr geben. Vor dem Hintergrund, dass die Instrumente der Belegung schwächer werden, wird in der Studie „Zuwanderer in der Stadt“ gefordert, mit Integrationsmaßnahmen direkt in die Quartiere mit hohem Migrantenanteil zu gehen. Gerade in diesen Quartieren müssten die Infrastrukturangebote wie z.B. Schulen so gut ausgestattet sein, dass auch deutsche Mitbürger das Angebot annehmen. Solche Forderung stünde ganz oben auf der Agenda der Kommunen, wenn nicht nur EU-Bürgern das kommunale Wahlrecht hätten, sondern auch andere Zuwanderer mit dauerhaftem Aufenthalt.

**Jochen Köhnke** scheint das zu kurz gesprungen. Die Lebenswirklichkeit in den fraglichen Quartieren sei eine andere. Aktuell seien hier die Bildungschancen schlechter und auch die Präferenzen bei Zuzug ohne Beratung nicht geklärt, was die Migranten dort erwartet und ob sie dort wirklich wohnen wollen. Es gebe seitens der öffentlichen Hand seit Jahrzehnten eine ausgesprochene Betreuungsmentalität mit entsprechender Wirkung auf die Migranten. Wenn jetzt Projekte und Partizipationsmodelle entwickelt werden, kann es nicht verwundern, dass solche Modelle kaum angenommen werden, schließlich gab es 40 Jahre kaum Möglichkeiten zur Mitwirkung. Nur Schritt für Schritt könne man sich den Wünschen der ausländischen Mitbürger nähern. Natürlich sei ein Integrationssystem zu begrüßen, das gleiche Chancen vermittelt. Die realen Möglichkeiten sprechen eine andere Sprache. Daher sei für die Stadt Münster der Weg der Beratung von zuziehenden Migranten über Chancen und Risiken von Wohnstandorten eine Voraussetzung, ihnen Entscheidungsspielräume anzubieten.

**Günter Ott** kommt noch einmal auf das Thema Kultur und deren Bedeutung für die Belegungspolitik des Unternehmens. Die GAG prüfe im Rahmen ihrer Belegungspolitik, welche Stadtteile einen höheren Ausländeranteil verkraften können und welche nicht. Hierbei spielen die allgemeinen sozialen Probleme, vor allem auch der Anteil der Arbeitslosen eine große Rolle. Frau Altay sei zuzustimmen, dass man eine Brücke brauche zwischen Betreuern und denen, die in der Stadt für die Steuerung verantwortlich sind. Das könnte ein Kulturdolmetscher sein. Die GAG stellt seit Jahren türkische Hausmeister ein. Über diesen Weg werde versucht, eine Brücke zu schlagen. Es seien im Laufe der Veranstaltung auch Fragen der Karrierechancen für Ausländer angesprochen worden. Für die GAG stelle sich eher die Frage, ob die ausländischen Bewohner in ihren Wohnbeständen überhaupt eine Chance am Arbeitsmarkt haben. Ein bisher nicht berücksichtigter Aspekt: die Rolle des Elternhauses. Es sei wesentlich für den Erfolg von Integration.

**Emine Altay** kritisiert, es genüge nicht, türkische Hausmeister einzustellen. Sie würden eher als Funktionsträger des Unternehmens angesehen. Einwurf von Herrn Ott: das nähmen die im Unternehmen angestellten Sozialarbeiter anders wahr. Frau Altay bleibt bei ihrer Version, dass die Migrantenselbsthilfeorganisationen bis heute in der Kommunikation eine höhere Akzeptanz genießen, wenn es um die Lösung von Konflikten geht. Ihnen sei es immer wieder gelungen, auf gereizte Stimmungen mäßigend einzuwirken.

**Manfred Neuhöfer** wendet sich abschließend an die Diskussionsteilnehmer mit der Frage: Sind Sie optimistisch was die zukünftige Entwicklung angeht?

**Emine Altay** gibt sich mit Blick auf den Verlauf der Veranstaltung zuversichtlich.

**Dr. Rudolf Ridinger** sieht auch langfristig Chancen zu agieren und die Erfahrungen der Wohnungswirtschaft zu nutzen. Unter Berücksichtigung der Instrumente gebe es eine Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten. Wichtig sei, immer wieder Kommunikationsmöglichkeiten herzustellen. Das lenke noch einmal den Blick nach Frankreich. Hier sei aus unterschiedlichen Gründen die Kommunikation miteinander verloren gegangen - eine Warnung, Kommunikation als Interaktion zwischen den Kulturen nicht zu vernachlässigen.

**Christoph Kulenkampff** ergänzt, dass es nicht immer selbstverständlich war, Diskussionen wie auf dieser Veranstaltung zu führen. Das allgemeine Verantwortungsbewusstsein habe merklich zugenommen. In dieser Hinsicht habe die Wohnungswirtschaft einen Weg in die Zukunft gezeigt, das stimme optimistisch.

**Manfred Neuhöfer** dankt den Veranstaltern und den Kooperationspartnern, den Referenten und den Podiumsteilnehmern.

## Kurzbiographien der Referenten

**Britta Altenkamp**, geb. 1964 in Essen; nach dem Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie an der Universität/ Gesamthochschule Essen in der SPD politisch aktiv in verschiedenen Funktionen, u. a. von 1988-1991 als Mitarbeiterin im Landtag NRW; von 1991-1999 Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von MdEP Detlev Samland; 1990-2003 Vorstandsmitglied der SPD in Essen, 1994-2000 Mitglied des Rates der Stadt Essen; seit 2000 Abgeordnete des Landtags NRW; 2000-2002 Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten; seit 2002 migrationspolitische Sprecherin und seit 2005 Sprecherin für Generationen, Familie und Integration der SPD-Landtagsfraktion.

**Emine Altay**, geb. 1969 in Karaman, Türkei, lebt seit 1978 - mit einer Unterbrechung von 1988-1992 - in Deutschland; verschiedene berufliche Stationen: von 1988-1992 beim Türkischen Rundfunk in der Türkei als Ansagerin und Übersetzerin; 1992-1995 Erfahrungen als Datentypistin, Sekretärin und Buchhalterin in verschiedenen Firmen in Köln; seit 1996 beim „Solidaritätsbund der Migranten aus der Türkei e. V.“, Köln, zunächst ehrenamtlich mit Integrationskursen für ausländische Frauen sowie Aktivitäten und Hausaufgabenbetreuung für Kinder; später kamen Buchhaltung, Beratung und Organisationsaufgaben dazu. Seit 2004 Mitglied im Vorstand des Solidaritätsbundes.

**Handan Cetinkaya-Roos**, Studium der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Erziehungswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; 1999 Abschluss M. -GA.; seitdem als PR-Managerin in der freien Wirtschaft tätig; seit Januar 2002 mit CR Communication, Bergisch-Gladbach, selbstständige PR-Beraterin. Schwerpunkte: Ethnomarketing, Projektplanung und Beratung deutscher Firmen für die türkische Zielgruppe in Deutschland.

**Prof. Dr. Volker Eichener**, geb. 1959, Studium der Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; 1988 Promotion, 1997 Habilitation; seit 1988 u.a. Vizepräsident des Forums of Researchers on Human Settlements bei der United Nations Commission on Human Settlements (Habitat), Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Düsseldorf; 1993 Verleihung des Schader-Preises für „Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug“; wissenschaftlicher Direktor des InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalplanung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum, Leiter der Forschung im EBZ Bildungszentrum an der Ruhr-Universität Bochum.

**Michael Hampel**, Diplom-Volkswirt; nach Abschluss des Studiums ab 1972 in verschiedenen Funktionen bei der LEG NRW tätig, zuletzt von 1981-1985 als Regionalleiter für die Bereiche Wohnungsbau, Kommunale Entwicklung und Agrarordnung für die Region Rheinland der LEG NRW in Düsseldorf, gleichzeitig Vertreter eines Geschäftsführers; 1985-1994 Vorstand einer Wohnungsbaugenossenschaft und Wohnungsbau AG in Düsseldorf; 1994 – 2003 Geschäftsführer der Heimstätte Rheinland Pfalz in Mainz und der Tochterunternehmen Moselland in Koblenz sowie Gesiwo in Neustadt an der Weinstraße sowie Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Rhein-Pfalz; Mitarbeit in verschiedenen Gremien von Fachverbänden der Wohnungswirtschaft; Mitglied in Beiräten und Aufsichtsräten von Unternehmen und Stiftungen mit wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Aufgaben; seit 2003 Geschäftsführer der gewobau Rüsselsheim mbH.

**Tülin Kabis-Staubach**, Studium an der Mimar Sinan Universität, Akademie der bildenden Künste in Istanbul, Architektin (AKNW); lebt seit 1984 in Deutschland; seit 1986 BASTA, Büro für Architektur und Stadtentwicklung, Dortmund mit Schwerpunkt Neubau, Modernisierung und Bewohnerbeteiligung im Auftrag von Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen; seit 1986 Mitarbeit im Planerladen e. V., Dortmund, Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit; Vorstandsmitglied im Planerladen e.V.

**Jochen Köhnke**, Dezernent für Aussiedler-, Flüchtlings- und Asylbewerberangelegenheiten der Stadt Münster;

Initiator der Entwicklung eines dezentralen Unterbringungskonzepts für Flüchtlinge in Münster; Jury-Mitglied des Wettbewerbs des Innenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ für den Deutschen Städtetag; unmittelbar nach der Wende Auf- und Umbau des Jugendamtes Chemnitz, kooperative Leitung des Jugendamtes Chemnitz (Modell). Leiter des Bürgermeisteramtes Chemnitz; gutachterliche Arbeit im Rahmen des 7. Jugendberichts der Bundesregierung, des KGSt-Gutachtens zur bürgerlichen Orientierung, des KGSt-Gutachtens „Management kommunaler Integrationspolitik.“

**Christoph Kulenkampff**, geb. 1947 in Heidelberg, Jurist, bis 1978 Staatsanwalt; von 1978-1986 in verschiedenen Funktionen im Innen- und Justizministerium des Landes Hessen tätig; 1986-1991 Generalstaatsanwalt des Landes Hessen; 1991-1993 Staatssekretär im hessischen Innenministerium und für Europaangelegenheiten. Seit 1994 Rechtsanwalt; 1995-2000 Verbandsdirektor des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e. V. und des Prüfungsverbandes Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e. V., Frankfurt/M.

Seit 2000 geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung , Darmstadt.

**Armin Laschet**, geb. 1961 in Aachen; nach dem Jurastudium Ausbildung zum Journalisten; freiberufliche Tätigkeit; wissenschaftlicher Berater der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth; Chefredakteur, Geschäftsführer und Verlagsleiter der Einhard-Verlags GmbH; von 1989-2004 Mitglied des Rates der Stadt Aachen; seit 1991 stellv. Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Aachen, seit 2001 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Aachen; 1994-1998 MdB; 1999-2005 Mitglied des europäischen Parlaments; international orientierte Aktivitäten, u. a. seit 1999 Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschland.

Seit 2005 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW.

**Manfred Neuhöfer**, geb. 1964; vor dem Studium der Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund Ausbildung zum Industrie- und Verlagskaufmann; Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk, Köln; 1995 bis 2005 Pressesprecher des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und Chefredakteur der wi Wohnungspolitische Informationen; Wissenschaftliche Publikationen im Bereich von Migration und Stadtentwicklung; für den GdW Projektbetreuer des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ (Verbundpartner Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, InWIS und Difu); Mitglied der Bundespressekonferenz Berlin;

Seit 2006 Geschäftsführer der Hammonia-Verlag GmbH, Hamburg, Chefredakteur DW Die Wohnungswirtschaft, WE Wohnungseigentum, wi Wohnungspolitische Informationen.

**Günter Ott**, geb. 1954; Studium der Verwaltungs- und Organisationswirtschaft, 18 Jahre bei der Stadt Köln in verschiedenen Ämtern und Funktionen tätig sowie im Büro des Oberbürgermeisters; seit 1993 bei der GAG-Immobilien AG zunächst als Prokurist und Hauptabteilungsleiter für das technische und kaufmännische Bestandsmanagement; seit 4 Jahren Vorstand für diese und ergänzende Bereiche.

**Dr. Rudolf Rüdinger**, geb. 1959 in Dossenheim; Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz, seit 1990 promovierter Politologe; 1990-1993 Deutscher Industrie und Handelstag, verantwortlich für den Bereich Regionalentwicklung; 1993-2000 Zentralverband des Deutschen Handwerks, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik;

seit 2001 Verbandsdirektor des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V., Frankfurt.

**Burghard Schneider**, geb. 1944 in Breslau, Staatssekretär a. D, nach dem Studium der Sozial- und Rechtswissenschaften bis 1980 Leitung der Akademien für politische Bildung in Lage/Lippe und Bergisch-Gladbach; 1981-1985 Pressesprecher der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes und der SPD-Saar, bis 1990 Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes; 1990 – 1996 Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes; 1996 – 1999 Chef der Staatskanzlei des Saarlandes; 1999 – 2000 Geschäftsführer für Projektentwicklung und Liegenschaften in einem privaten Unternehmen für Seniorendienstleistungen, Saarbrücken;

Seit 2000 Verbandsdirektor und Sprecher des Vorstandes, Verband der Wohnungswirtschaft (VdW ) Rheinland Westfalen, Düsseldorf.

**Prof. Dr. Walter Siebel**, Studium der Soziologie in Frankfurt mit Abschluss 1968, 1974 Promotion an der TU Darmstadt;

seit 1975 Professor für Soziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg mit den wissenschaftlichen Schwerpunkten Regional- und Stadtforschung, Wohnsoziologie, Zusammenhänge von sozialem und räumlichen Wandel, Integrationsfragen; auf diesen Gebieten, neben Tätigkeiten in der akademischen Selbstverwaltung, vielfältige Forschungs-, Praxis und Beratungstätigkeit;. 1989-1995 freigestellt als wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, 1996-1999 Korrespondent der IBA Emscher Park; Mitglied in Beiräten für Stadtentwicklung der Städte Wien und Hamburg; seit 2003 Mitglied des Beirats des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Lehrtätigkeit an der Universität Dortmund und TU Hamburg/Harburg; Mitglied verschiedener Fachinstitutionen; Mitglied im Expertenforum „Zuwanderer in der Stadt“.

Zahlreiche Buchpublikationen, u. a (zusammen mit anderen Autoren): Arbeit nach der Arbeit – Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit (1987); Ökologie und urbane Lebensweise (1997). Neue Urbanität (2006); Dienstleistungsgesellschaften (2003); Soziologie des Wohnens (2002).

**Andreas Vondran**, geboren 1969; Ausbildung zum Fachwirt der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft; seit 1992 Mitarbeiter im LEG NRW-Konzern, von 1999 - 2003 Geschäftsstellenleiter Monheim, 2003: Niederlassungsleiter Remscheid, seit 2004 Geschäftsführer der LEG Wohnen Remscheid GmbH